

Die „Volkswacht“  
erscheint täglich Nachmittags außer  
Sonntag und ist durch die  
Expedition, Neue Graupenstr. 5/6,  
durch die Post und  
durch Colportage zu beziehen.  
Preis vierteljährlich **Mk. 3.10**,  
pro Woche **25 Pf.**  
Verlagsliste Nr. 7103.

# Volkswacht

Insertionsgebühr  
beträgt für die fünfspaltige  
Zeile oder deren Raum  
**20 Pfennige**, für Vereins- und  
Versammlungs-Anzeigen  
**10 Pfennige**.  
Inserate für die nächste Nummer  
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

für Schlessen, Posen und die Nachbargebiete.  
**Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.**

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Nr. 28.

Breslau, Sonnabend, den 2. Februar 1895.

VI. Jahrgang.

## Im Namen des Königs!

In der Strafsache  
gegen

den Redacteur Reinhold Theobald Paul Martin  
Schebe aus Breslau, geboren daselbst den 10. No-  
vember 1869, evangelisch-lutherisch, vorbestraft, wegen  
Beleidigung,

hat die I. Strafkammer des königlichen Land-  
gerichts zu Breslau in der Sitzung vom 19. De-  
cember 1894 für Recht erkannt:

der Angeklagte, Reinhold Schebe, wird unter  
Freisprechung von der Anklage der Beleidigung  
in einem Falle, wegen Beleidigung in einem  
weiteren Falle zu (9) neun Monaten Gefängnis  
verurtheilt. Soweit Freisprechung erfolgt ist,  
trägt die Staatskasse, im Uebrigen der An-  
geklagte die Kosten des Verfahrens.

Alle Exemplare der „Volkswacht“ vom  
10. August 1894, sowie die zu ihrer Her-  
stellung bestimmten Platten und Formen sind  
unbrauchbar zu machen.

dem Brigadier der königlichen  
VI. Gendarmen-Brigade, wird  
für die beleidigten Gendarmen, Bodinka zu  
Antonienhütte, Korditzke zu Kochlowitz, Bluschke  
zu Bielschowitz, Klein und Ronge zu Friedens-  
hütte, die Befugnis zugesprochen, die Ver-  
urtheilung des Angeklagten durch Einrückung  
der Urtheilsformel einmal binnen (4) Wochen  
nach Zustellung des rechtskräftigen Urtheils in  
der „Volkswacht“ zu Breslau und zwar an  
derselben Stelle und mit derselben Schrift,  
wie der Artikel in der gedachten Zeitung vom  
10. August 1894 „die Mekelei in Ober-  
schlessen“ überschrieben, sowie in der „Schle-  
sischen Zeitung“ zu Breslau bekannt zu  
machen und zwar auf Kosten des Angeklagten.

Rechtskräftig und vollstreckbar  
Breslau, den 24. Dezember 1894.

(L. S.)

Offiz., Gerichtsschreiber des König-  
lichen Landgerichts.

## Gesetzgeberische Kurpfuscherie

darf man wohl im Großen und Ganzen die vom Bundes-  
rathe beabsichtigte und dem Reichstage in Form einer

Gesetzesvorlage kund gegebene Abänderung der Gewerbe-  
ordnung nennen, die sich wesentlich mit der Beschränkung  
des Hausirhandels beschäftigt. Der „Leipziger  
Volkstz.“ entnehmen wir folgende zutreffende Aus-  
sagen über das in Rede stehende gesetzgeberische  
Project:

Die zunehmende Verschärfung des Existenzkampfes,  
den immer wachsende Schaaeren, wie Schiffbrüchige an eine  
Planke sich klammern, führen müssen, führt auf der einen  
Seite zu immer größerer Rücksichtslosigkeit im Concurrenz-  
kriege, auf der anderen zu einem wachsenden Raffinement, das  
auf die möglichst gewandte und erfolgreiche Ausbeutung  
des Publikums, des Gegenstandes kaufmännischen Unter-  
nehmungsgewinnes, ausgeht. Und führt die Verschmüht-  
heit und Gewissenlosigkeit, die dem unerfahrenen Käufer  
gegenüber sich erfaltet, zu weit verbreiteten Mißständen,  
die nach gesetzlicher Abstellung verlangen, so verlangt  
auf der anderen Seite die Rücksichtslosigkeit des einen  
Theiles der Concurrenten unbedingte Niederwerfung  
des anderen Theiles mit Hilfe der Staatsmacht, gleich-  
viel, ob zahllose Existenzen dadurch ihres letzten Haltes  
beraubt und auf die Bahn des Verbrechens oder zum  
Selbstmord getrieben werden.

Dieser Kampf gegen das Hausirgewerbe, der seit  
vielen Jahren von den lebhafte Kaufleuten und den  
wirthschaftlich konservativen Parteien betrieben wird,  
verlief bereits seit Jahren, den unliebsamen Con-  
currenten, aber den gefürchteten kleinen Ausbeuter durch  
gesetzliche Maßregeln zu unterdrücken. Die bayerische  
Regierung hat 1892 einen auf wesentliche Einschränkung  
des Hausirhandels gerichteten Antrag dem Bundesrath,  
das Centrum 1893 einen ähnlichen (Antrag Süder-  
thür) dem Reichstage vorgelegt. Der letztere kam nicht  
mehr zur Erledigung. Dagegen hat der bayerische An-  
trag zu einem Gesetzentwurf des Bundesraths geführt,  
der als Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Ab-  
änderung der Gewerbeordnung, dem Reichstage vor-  
gelegt worden ist.

Es darf zunächst festgestellt werden, daß das rück-  
sichtslose Verlangen vieler ansässigen Geschäftsleute,  
durch gesetzliche Niederstufung der gefürchteten  
kleinen Concurrenten den eigenen Kampf erleichtern  
zu lassen, kein Entgegenkommen beim Bundesrathe  
gefunden hat. Die Motive bemerken zu dem Centrumsan-  
trage:

„In diesem Gesetzesvorlage sind die auf eine  
weitgehende Beschränkung des Wandergewerbes gerichteten

Wünsche zum Ausdruck gekommen. Die diesen Wünschen  
zu Grunde liegende Annahme, daß eine wesentliche  
Ursache für die ungünstige Lage der lebhafte Gewerbe-  
treibenden an kleinen Orten in der erheblichen Zunahme  
des Wettbewerbs der Hausirer zu erblicken sei, erweist  
sich nach der Statistik über die Zahl der in neuerer  
Zeit zugelassenen Wandergewerbetreibenden nicht als  
zutreffend. Vielmehr wird der wahre Grund für die  
ungünstige Geschäftslage und die Verringerung des  
Absatzes, über welche jene lebhafte Gewerbetreibenden viel-  
fach klagen, in anderen Veränderungen des wirthschaftlichen  
Lebens gesucht werden müssen. Es mag beispielsweise  
auf die Wahrnehmung hingewiesen werden, daß weite  
Kreise der Bevölkerung bei ihren Einkäufen und Be-  
stellungen sich nicht mehr an die Gewerbetreibenden  
ihres Ortes zu wenden pflegen, sondern sich daran ge-  
wöhnt haben, ihren Bedarf aus Waarenhäusern und  
Versandgeschäften der großen Städte oder direct von den  
Producenten zu beziehen. Zu Gunsten dieser Erklärung  
spricht die aus der beigefügten statistischen Uebersicht  
sich ergebende Thatsache, daß während der Jahre 1884  
bis 1889 die im Deutschen Reich erteilten Wandergewerbe-  
scheine nur eine der natürlichen Vermehrung  
der Bevölkerung entsprechende Zunahme erfahren haben,  
während in den folgenden vier Jahren die Zahl jener  
Scheine zurückgegangen oder unverändert geblieben ist.  
Einigen Bundesstaaten, bei welchen sich eine größere  
Zunahme zeigt, stehen andere Staaten gegenüber, bei  
welchen eine beträchtliche positive Abnahme erfolgte.“

Nach dieser statistischen Uebersicht belief sich die  
Zahl der ausgegebenen Wandergewerbescheine im  
Deutschen Reich 1884 auf 212,341; 1887 auf  
220,770; 1890 auf 225,074 und 1893 auf 226,364.  
Die Zunahme von 1884 bis 1893 betrug 6,6 Procent.  
Für das Königreich Sachsen betragen die entsprechenden  
Zahlen: 10,720; 11,116; 11,137; 10,138; mithin  
war eine Abnahme von 5,5 Procent eingetreten, trotz  
einer beträchtlichen Vermehrung der Bevölkerung: ein  
deutlicher Beweis, daß der gerade in Sachsen be-  
sonders verschärfte Concurrenz und Noth des Klein-  
gewerbes die gefährliche Wirkung des Hausirhandels  
nicht zu Grunde liegen kann. Es kommt dazu das  
von den Motiven ebenfalls anerkannte Bedenken der  
Schädigung berechtigter wirthschaftlicher Interessen  
und vor gerade der ärmsten und nothleidendsten Be-  
völkerungsklassen. So wird gegenüber dem Vor-  
schlage, ganze Waarengattungen, wie Manufactur-

## Die Bekehrung André Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

[Nachdruck verboten.]

Man könnte sagen, fuhr der alte Mann fort,  
das arme Weib hatte nur so lange gewartet, um in  
meinen Armen zu sterben. Zwei Monate nach meiner  
Rückkehr war ich mit meiner braven, kleinen Johanna,  
die ich seitdem nicht verlassen habe, allein. Wir arbeiten  
alle beide und haben es dabei bisher freilich noch nicht  
zu Reichthümern gebracht. Aber Sie verstehen nun  
mein Herr, daß wir die Bourgeois nicht lieben können.

Andree schwieg noch immer, von einer nie ge-  
kannten Bewegung ergriffen. Der Bürgerkrieg! Er  
hatte so oft davon sprechen hören. Aber es war heute  
das erste Mal, daß er ihn in seiner ganzen Scheußlichkeit  
vor seinem innern Auge sah. Zum ersten Male sah  
er ihn vor sich ausleben in der Gestalt von Menschen,  
die Opfer des Bürgerkriegs gewesen waren. Mit  
Schrecken maß er die Tiefe der Leiden, die ihn erzeugen,  
die aber auch er erzeugt. Er begriff jetzt die verhängniß-  
volle Einwirkung des Haßes, von dem die einander  
folgenden Generationen erfüllt und genährt werden  
müssen.

Der Park von Monceau, früher so lieblich,  
so schön, erschien ihm jetzt wie ein großer  
Friedhof, ein Leichengeruch schien von ihm auszugehen,

er vernahm die Stimme vergossenen Blutes, das wieder  
Blut forderte.

Endlich sagte er mit einer Stimme, in der etwas  
wie Mitleid lebte:

„Ich beklage Sie, mein Herr. Ich bitte Sie um  
Verzeihung, weil ich so schmerzliche Erinnerungen in  
Ihren geweckt habe. Aber weshalb so viel Blutver-  
gießen, so viele Mekeleien, frage ich? Finden Sie  
nicht wie ich, daß sie furchtbar, grauenvoll sind? Ist  
es denn nicht möglich, daß man sich verständigt, anstatt  
sich gegenseitig abzuschlachten?“

„Ja“, entgegnete der Alte lebhaft, „das ist ein  
schöner Traum! Als ich noch jung war, habe ich  
gerade so gedacht wie Sie. Ich bin aus meinem Traum  
aufgewacht, als ich das Knattern der Mitrailleusen  
hörte, welche die Socialisten niederstießen. Wie konnten  
wir aber auch auf die Bourgeois rechnen, wo es sich  
um sociale Reformen handelte! Zu glauben, daß sie  
etwas von ihrem Profit zu Gunsten der Arbeiter opfern  
würden!“

Er lachte ein sardonisches Lachen. Seine Augen  
flammten. Fiebrerröthe erschien auf seinen sonst bleichen  
Wangen. Mit großen Schritten ging er in dem kleinen  
Gemach auf und ab. Von Zeit zu Zeit stieß er im  
Auf- und Abwandeln Bemußungen aus.

„Die Bourgeois! In der That, eine vortreffliche  
Person! Sie flieht ja über von Liebe zu dem armen  
Volk! Wie bemüht sie sich, das Loos des Arbeiters  
besser zu gestalten! Selbstverständlich unter der Be-  
dingung, daß es sie nichts kostet. Sie schreibt an die

Wände der Häuser: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!  
Sie hofft dabei, die schönen Worte werden über ihre  
schlechte Thaten hinwegtäuschen. Sie begeht Feste zum  
hundertjährigen Jubiläum der Revolution; sie hält  
Reden über die Menschenrechte. Selbstverständlich  
wieder unter der Bedingung, daß sie nur auf dem  
Papier stehen. Augenverblendung das alles, Augen-  
verblendung! Nichts weiter! Sehen Sie, mein Herr,  
wir haben diese ewige Comödie endlich satt. Die  
Bourgeoisie wagt es nicht, ihre Grundsätze entweder  
offen abzuleugnen oder aber zu betätigen. Man, wir  
werden Abrechnung mit ihr halten. Gerade so wie sie  
seit hundert Jahren nur für sich allein gehandelt hat,  
so werden wir ebenfalls für uns zur Abrechnung  
schreiten. Ach, ich weiß es sehr gut, daß sie Furcht  
hat, wenn sie die Revolution von Weitem kommen  
sieht. Sie fängt jetzt schon an, Abbitte zu thun. Sie  
gesteht es zu: Gewiß, ich habe unter dem alten Regime  
sehr schlecht gewirthschaftet. Macht es nicht wieder wie  
ich, meine Freunde!

Sie hat ihren Geschäftsschreibern befohlen, zu be-  
weisen, daß eine Revolution nichts anderes bedeute, als  
die furchtbarsten Greuel und die schaudervollste Ver-  
wüstung. Sie hat auch ihre Philosophen, die uns gut  
zureden: „Nun, nun, die Aristokratie hat doch auch ihr  
Gutes!“ Sie hat ihre Schriftsteller und Staatsmänner,  
die, wenn sie unter sich sind, sagen: „Gleichheit? Un-  
sinn! Freiheit? Kinderei!“ Aber das alles nützt ihr  
absolut nichts mehr. Sie hat sich selbst in eine Sack-  
gasse verrannt, aus der sie nicht hinaus kann. Sie ist



waaren, Colonial- und Materialwaaren und handwerksmässig hergestellte Waaren u. s. w. vom Verkauf im Umherziehen auszuschließen, bemerkt:

Für solche Beschränkungen des Wandergewerbes spricht allerdings das Interesse der lebhaften Kaufleute und Gewerbetreibenden, welche gegen die Concurrenz der Hausirer geschützt zu werden wünschen. Allein andere berechnigte wirtschaftliche Interessen würden hierbei schwer geschädigt werden. Zahlreiche Zweige der Industrie, namentlich der Hausindustrie, und mit ihnen ganze Landstriche mit vorwiegend ärmlischer Bevölkerung, würden wirtschaftlich gefährdet werden, wenn Waaren der fraglichen Art nicht mehr im Wege des Hausirhandels abgesetzt werden dürften. Auch entspricht in manchen Gegenden der Vertrieb solcher Waaren durch Hausirer einem wirklichen Bedürfnis der Bevölkerung.

Damit wird in entsprechender Weise die Demagogie der Conservativen und der Centrapartei zurückgewiesen, die, um sich die politische Kundtschaft der Klein-Kaufleute und die Großhandwerker der Städte zu erhalten, kalten Bluts die im Glend ohnehin schon verfallende Bevölkerung armer Gebiete, wie des Erzgebirges, des Thüringer Waldes, des Eichsfeldes und anderer dem völligen Verkommen, dem Verhungern oder dem Zuchthaus überliefern wollen. Die ganze Frivolität jener „Ketter des Mittelstandes“ zeigt sich überall dort, wo sie, um ihre politische Machtgebiete zu erhalten, die Allerärmsten, deren sie durch Pfarrer und Gendarmen noch auf lange Zeit hinaus sicher zu sein glauben, preisgeben. Am Ende wird freilich die schlaue Berechnung täuschen. Im hochalpinen Gebirge circulirt bereits eine Petition gegen die Beschränkung des Hausirwesens, und schließlich dürften die schlauen Politiker erfahren, daß sie diese Schichten abgestoßen haben, ohne die Mittelstandskreise sich dadurch zu erhalten. Denn so wenig dem Handwerker die „maßlosen Forderungen der Arbeiter“ ebenso wenig ruiniren den Kaufmann die „schwindelhaften Praktiken der Hausirer“. Hier wie dort ist es der technische und finanziell in jeder Richtung überlegene kapitalistische Großbetrieb, der mit Naturgewalt die zurückgebliebenen Mitbewerber, die zu Fuße zum Ziele drängen, mit dem Dampfswagen niederwirft und überfährt. Hier ist die wahre Ursache des Niederganges, verschärft durch die wachsende Kaufunfähigkeit der niedergedrückten, durch Arbeitslosigkeit, Hungerlöhne und Trunksüchem zur Entsetzung verurtheilten Arbeiter. Und gerade solche Elemente verstärken die Schaar der Hausirer, um, wenn nicht mehr als Produzenten, so als Zwischenglieder der Circulation, des Waarenverkehrs, ein hartes und unsicheres Brot zu finden.

Gewiß sind sie technisch meist überflüssig als Vermittler (wenn auch, wie die Motive richtig bemerken, nicht überall, ja in abgelegenen Gegenden ohne Verkehrsmittel oft unentbehrlich): aber ist es der kleine Handel nicht ebenso sehr? Vermöchte nicht der zehnte Theil der jetzt im Handelsgewerbe beschäftigten Chais, Verkäufer, Reisenden, Buchhalter u. s. w. den wirklichen Bedarf an Kräften bei planmäßiger Organisation der Vertheilung zu decken?

Und der schwindelhafte Gewerbetrieb, der den

Hausirern zur Last gelegt wird, trifft doch durchaus nicht überall zu, und schwerlich in höherem Maße, als im Handel überhaupt, dem auf Schritt und Tritt Fälschungen, unfaubere Concurrenz und ähnhliche Mittel nachgewiesen werden. Deshalb können die Theile des Entwurfes, die im Allgemeinen den Hausirhandel beschränken wollen, unsere Zustimmung nicht finden: so das Verbot des Hausirens für Personen unter 25 Jahren (statt, wie bisher, für Minderjährige), wobei das „erziehlische“ Moment, das angeführt wird, uns ganz unzutreffend zu sein scheint, so ferner das geforderte Recht der oberen Verwaltungsbehörde, auch ohne den heute nothwendigen Beschluß des Gemeindevorstandes und der Gemeindevertretung das Hausiren, das Auffuchen von Bestellungen, das öffentliche Feilbieten für Ortsangehörige von polizeilicher Erlaubnis abhängig zu machen. Hier soll das Recht der Gemeindebehörde gerade auf einem Gebiete, auf dem sie besonders sachkundig ist, beseitigt werden, gerade da, wo leicht besondere Härten für zahlreiche Personen die Folge sein können.

Ueber einige andere Punkte, wie den Ausschluß gewisser Gegenstände, die einer besonderen Controлле bedürfen (wie Sämereien, Neben, Obstbäume, optische Instrumente, Schmuckfachen) vom umherziehenden Vertriebe, läßt sich streiten. Hier wäre eine schärfere Beaufsichtigung, die sich bei dem plötzlich überwachten Großhandel mindestens so leicht durchführen ließe, wie bei dem stehenden Vertriebe, vielleicht ansehnlicher, bei letzterem aber ebenso nothwendig! Wirklich erfolgreich könnte hier nur von Staatswegen mit Zuhilfenahme geeigneter Organe dem Bedarf entsprochen und der Ueberschneidung vorgebeugt werden.

Das Verbot des Hausirhandels schulpflichtiger Kinder begrüßen wir als einen Schritt weiter auf dem Wege des Kinderschutzes. Im Uebrigen ist bei dem Entwurfe wohl das Beste, was nicht darin steht. Wird er angenommen, was noch eine gründliche Vorprüfung und Abänderung zur nothwendigen Voraussetzung haben müßte, so wird auch er die wirtschaftliche Entwicklung, den Niedergang des Kleinbetriebes und die Ausbeutung der Unerfahrenen nicht verhindern.

### Politische Rundschau.

— Viel Kopierbrechen verurtheilt gewissen Leuten die leidige Thatsache, daß socialdemokratische Propaganda fortgesetzt in der Lage sind, gewisse „gehime“ amtliche Erlasse und selbst Verkommnisse secreter Art aus hohen und höchsten Kreisen zu veröffentlichen. Dieses wird gemeldet:

„Die vorzeitigen Veröffentlichungen des „Borw.“ beschäftigen gegenwärtig die Behörden auf das eifrigste. Zunächst wird zu ermitteln gesucht, an welcher amtlichen Durchgangsstelle ein neuer Vertrauensbruch begangen ist.“ Wir finden, daß die socialdemokratische Presse immer rechtzeitig der Rache die Schelle anhängt, während der „Reichs-“ und „Staatsanzeiger“ launselig hinterdrein hinkt. Im Ubrigen wird auch das neue Untersuchungs-drama den Titel führen: Verlorene Siebentwöl! Wechels die unbeständete Geheimnis-

Die aber, wir rufen auch: Gilt kaum dem wahren, persönlichen Verdienst. Und wir — beiläufig gesagt — wir sind in einem höheren Sinne die wahren Aristokraten. Wir wollen die verantwortlichen Stellen für die Verantwortlichen, Willigen und Thätigen, aber wir wollen unter Aufhebung der Klassen-grenzen auch, daß alle unsere Kinder gleichberechtigt sein.“

Das junge Mädchen, das hoch angezogen und unbewußt da stand, hörte in erschrockenem Schweigen diese stammelnde Erklärung an. Ihre lebendigen Augen brachten ihr Einverständnis mit den Worten des Alten an. Sie wachte den jungen Mann mit triumphirender Miene an, als wollte sie sagen: Aus sie zu, ob Du neutral bleiben kannst!

Andree kam sich vor, wie ein Reich, der sich in einem fremden Lande verirrt hat, dessen Sprache er nur schlecht spricht und der nun nach Worten sucht, um seinen Wünschen zu antworten, ohne sie zu verletzen. Erlich sagte er, um wenigstens etwas zu sagen:

„Es wollen Sie also das Erbschaft ganz aufheben oder beibehalten?“

„Nein Gott, ja! erwiderte der Greis mit ironischem Lächeln. „Wir wollen es, an das Erbschaft, ja an das Eigentum überhaupt zu rühren, trotzdem diese Dinge von der Baumgasse als heilig und unantastlich erklärt worden sind, weil sie die höchsten Einrichtungen so unerschütterlich für ihren Fortbestand versichert. Hatte sie etwa Gemeinbesitz, als sie vor hundert Jahren die Güter der Gerechtigkeit in Nationalisierungen umwandelte? Was wollen Sie? Wir folgen nur ihrem Beispiel und

krämerei? Warum scheut man das Licht des Tages? — Hirsch's L. B. meldet hierzu noch: Zunächst sucht man in amtlichen Kreisen zu ermitteln, an welcher Stelle der neueste „Vertrauensbruch“ — die vorzeitige Veröffentlichung aus dem Erlaß des Kaisers, die eher im „Vorwärts“ stand, als der „Reichsanzeiger“ sie brachte — begangen worden ist, ob bei einer der Centralbehörden oder der Reichsdruckerei. Die Untersuchung blieb indeß bis jetzt ergebnislos, was den Behörden um so peinlicher ist, als der Kaiser selbst den Wunsch ausgesprochen haben soll, daß die Schuldigen ermittelt werden. Man zweifelt in amtlichen Kreisen, daß Arbeiter, Subalternbeamte oder Seker Verrath begangen, sondern scheint vielmehr zu glauben, daß hier dieselbe geheimnißvolle Hand im Spiele ist, die schon öfter Geheimnisse aus dem Schlosse u. d. ver-rathen hat. Die Untersuchung wird eifrig fortgesetzt. — Hu, hu!

— Die nimmersatten Herren Agrarier sind verstimmt, da sich ihre weitsehenden Hoffnungen nicht ganz zu erfüllen scheinen. Der neue preussische Landwirtschaftsminister, die Hoffnung der Junkerschaft, Herr von Hammerstein-Logien, hat am 29. Januar im Abgeordnetenhaus die schon lange angekündigte „große Programmrede“ gehalten. Er sprach über zwei Stunden und wurde, da er nicht alles, was die „Nothleidenden“ wollen, zusagte, von den Agrariern recht kühl behandelt. Er kündigte ein neues Zuckersteuergesetz für dieses oder das nächste Jahr an mit Erhöhung der Verbrauchsabgabe für die Consumenten, Erhöhung der Ausfuhrprämien für die Zuckerfabriken und mit Steuerzuschlägen für die größeren Zuckerfabriken zur Erleichterung der Concurrenz der landwirtschaftlichen Fabriken. Ebenfalls wurde eine Branntweinsteuer-Novelle angekündigt zu Gunsten der landwirtschaftlichen Brennereien. In Bezug auf den Antrag Kaniz nahm der Minister eine ausweichende Haltung ein und berief sich auf die weitere Prüfung der Frage im Staatsrath. v. Puttkamer-Plauth erklärte, er wolle zwar dem Minister sein Vertrauen nicht entziehen, die Rede aber sei ein Begründung erster Klasse für den Antrag Kaniz gewesen. Der Landwirtschaftsminister sagte u. A.:

Seit Jahren habe ich agrarischen Körperschaften angehört, und ich habe damals keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich ein Gegner der Handelsverträge, namentlich auch des österreichischen Handelsvertrages war. Die Frage, ob nach Abschluß des österreichischen Vertrages der russische zu vermeiden war, ist unerheblich; sicher ist nur, daß durch diesen Vertrag eine Zustand für die Landwirtschaft geschaffen ist, der auf die Dauer unerträglich ist. Ich bin nicht gern auf diesen Posten getreten. Ich glaube die Verhältnisse der Landwirtschaft im Westen zwar genau zu kennen, und da die Klagen hauptsächlich aus dem Osten kommen, so hätte sich vielleicht die Berufung eines Mannes aus dem Osten empfohlen; allein ich hoffe, daß es mir gelingen wird, mich schnell in die östlichen Verhältnisse hineinzufinden. Was die Handelsverträge betrifft, so kann man sie nicht ganz entbehren. Deutschland kann keine Politik lediglich nach materiellen Interessen treiben. Die Frage, ob günstigere Bedingungen für die Landwirtschaft hätten erzielt werden können, ist zur Zeit müßig; fragen könnte es sich nur, ob eine Aenderung der Verträge anzustreben wäre, um angebliche Fehler gut zu machen. Ich kann mich darüber nicht näher äußern, aber das erkenne ich an, daß die Lage der Landwirtschaft eine äußerst schwere ist. . . . Die Krisis muß ertragen werden.

ihren Lehren. Was hat sie uns in diesem Jahrhundert unausgesetzt in allen Tonarten vorgepöffelt? Daß das Recht auf Besitz sich einzig und allein auf die Arbeit des Individuums gründet. Thiers, einer von ihren kleinen „großen Männern“, hat ein dickes Buch darüber geschrieben. Und da wundert man sich noch? Wir haben doch recht, wenn wir behaupten, der volle Ertrag unserer Arbeit müsse uns gehören, und wenn wir dann ein System verdammen, das den größten Theil dem Unternehmer, den kleinsten dem Arbeiter giebt. Wir sagen auch: Alle Bergwerke, Fabriken, Grund und Boden sollen der Nation gehören. Wir haben darum auch das Recht zu rufen: Nieder mit den Rüstgängern, fort mit den Schmarotzern, die von der Arbeiter-Anderer leben!“

Als Andree einen schwachen Versuch machte, dagegen zu protestiren, blieb der Alte vor ihm stehen und sagte, einer plötzlichen Eingebung gehorchend: „Aber in der That, ich vergaß. . . , was ist doch gleich Ihr Beruf?“

Andree zögerte in seiner Verwirrung einen Augenblick mit der Antwort. Dann kam ihm seine Weltgewandtheit zu Hilfe.

„Meiner Frau, mein Herr“, sagte er heiter, „ich könnte Ihnen antworten, daß ich Advocat bin. Aber ich bin es in der That sehr wenig! Lieber will ich Ihnen demüthig gestehen, daß ich selbst einer von den Schmarotzern bin, die Sie so wenig liebenswürdig behandeln.“

(Fortsetzung folgt.)

schon halb besiegt, ehe der Entscheidungskampf begonnen. Ohne daß sie es will, ist sie unsere Verbündete. Wir greifen sie jetzt mit ihren eigenen Waffen an, ihre geistigen Waffen nehmen wir, brechen sie um und richten ihre Spitze gegen ihre eigenen Prinzipien.“

„Die das“, fragte Andree, der sich wider Willen durch die glühende Beredsamkeit des alten Revolutionärs hingeworfen fühlte.

„D, das ist sehr einfach. Was sagte sie damals? Sagte sie nicht, daß der Sohn eines Marquis sehr wohl ein Tagelöhner oder ein Schurke sein kann, daß es eine Schmach ist, wenn irgend ein großer Herr für seine Schandthaten straflos bleibt, nur weil er sich die Nähe gegeben hat, als ein Rächiger dieser Erde geboren zu werden, daß der Herr, den man in der Gesellschaft einnimmt, durch Verdienst und nicht durch die Geburt erworben werden soll, daß der erbliche Adel ein ungerichtetes und schändliches Privilegium ist?“

Und wir, was sagen wir? Daß der Sohn eines Barons sehr oft ein Dummkopf, ein Büßling ist, daß es eine Schmach ist, mitanzusehen, wie er stolz in den Possen seines Bogens ruht, überall den Reichthum spielt, dabei die Armen Leute vernachlässigt und sie am liebsten mit einem Blick zerquetsern möchte, während er niemals einen Finger zu ehrlicher Arbeit gerührt hat; ferner, daß die Stellung, die man in der Gesellschaft einnimmt, der Fähigkeit und Tüchtigkeit des Einzelnen angepaßt sein soll und nicht dem Geburtsadel, den er in der Höhe findet; daß der erbliche Reichthum ein ebenso ungerichtetes wie schändliches Privilegium ist.



(Unruhe rechts.) Kein Stand hat durch Krisen schwerer gelitten, als der Mittelstand und doch bin ich überzeugt, er wird die Krise überdauern. Auch die Landwirtschaft wird Verluste haben, verschuldete und unverschuldete. Die Krisis wird aber das Gute haben, daß wir gemahnt werden, in der Noth mit Fleiß und Sparlichkeit zu arbeiten und daß wir uns des Bibelworts erinnern, daß wir im Schweigen unseres Angeichts unser Brot essen. Das weiß ich, daß man kein Mittel angeben kann, um von heute auf morgen der Landwirtschaft zu helfen. Der Minister führt dann unter Unruhe auf der rechten Seite aus, wie die Landwirtschaft erheblich entlastet ist durch die Steuerreform, die namentlich die drückenden Communalsteuern erleichtert hat.

Die Herren hätten wirklich alle Ursache, ganz zufrieden zu sein, denn die Regierung thut wirklich alles Mögliche, den Ansprüchen der Junkersippe nachzukommen.

Die unverhüllte Schacherpolitik, die das Centrum in der Umsturzcommission des Reichstags treibt, ist begreiflicher Weise für die ultramontane Presse, die auch in dieser Angelegenheit den Mund wieder recht voll von Freiheit und Recht genommen hat, für's Erste eine unangenehme Verlegenheit, die in folgendem Commentar eines westfälischen Centrumsorgans in ergöglicher Weise zu Tage tritt:

Diese Fassung des § 111a nach dem Antrage des National-Parlamentarier Abgeordneten Volk wurde mit 20 gegen 7 Stimmen in der Commission angenommen. Von den Centrums-Mitgliedern stimmte eins gegen diese Fassung und eins enthielt sich der Abstimmung. Wir würden die Gründe für das Ja und auch die für das Nein. Vollkommen ist die jetzt beschlossene Fassung nicht, und wir möchten wünschen, daß man noch nach Verbesserungen strebt. Andererseits halten wir die Behauptung der Freisinnigen für tendenziös, daß die Fassung Volk noch gefährlicher sei, als die Regierungsvorlage. Das „anpreisen oder als erlaubt darstellen“ ist in der Fassung Volk mit der Klausel der Geizigkeit versehen, die immerhin etwas einschränkend wirkt. Die Hauptsache ist, daß die Fassung Volk den Dolus (die böse Absicht) bei der Strafanwendung voraussetzt; die zustimmenden Centrumsmitglieder nahmen das an. Sollte diese Voraussetzung sich nicht aufrecht erhalten lassen, so würde das entgeltliche Lotum sich demgemäß ändern. Vorläufig wird nur bedingungs- oder gleichsam versuchsweise beschlossene. Ueber die Alarmrufe der Presse der Linken wegen des Volk'schen § 111a brauchen sich also die Leser nicht aufzuregen.

Wie aus diesen gewundenen Phrasen hervorgeht, magt das ultramontane Blatt einstweilen noch nicht, seine Leser über die wahre Bedeutung des Volk'schen Antrages und den Umfall der Centrumsfraction aufzuklären; ob das später geschieht, bleibt abzuwarten. Wenn nicht, kann werden schon andere Leute und nicht zum Wenigsten wir Socialdemokraten Sorge tragen, daß die „Centrumschächel“ offene, klarsehende Augen bekommen.

Der Tabaksteuerentwurf, welcher nebst Begründung vorliegt, umfaßt 75 Paragraphen, während der vorjährige Entwurf deren 79 enthielt. Die vorgesehene Zollerhöhung sowie die Sätze für die Fabriksteuer sind bereits bekannt. Die näheren Ausführungsbestimmungen sind zum größten Theil dem früheren Entwurf wörtlich entnommen, auch die Einteilung in die verschiedenen Abtheilungen ist fast dieselbe geblieben. Sachliche Aenderungen haben, außer den Zoll und Steuerätzen, die Control-Bestimmungen erfahren, betreffs deren eine Milderung gegenüber dem vorjährigen Entwurf angekündigt war. Soweit wir sehen, betreffen diese Aenderungen folgende Punkte: Betreffs der Controle der Pflanzler ist nur Abstand genommen von den Vorschriften über die Anlage und Behandlung der Tabakpflanzungen, über die Ermittlung der Blätterzahl und über die für die Pflanzungen verbindliche Feststellung des zur Vorwiegung zu stehenden Tabaks vor der Ernte. Bei der Controle des Rohabakhandels ist die zu entrichtende Steuersumme für der Controle entzogenen Tabak auf 70 resp. 120 statt 90 resp. 100 Mark herabgemindert. Die wesentlichen Aenderungen betreffen die Controle der Tabakfabrikation. Neu eingeführt ist die Befugniß der Steuerbehörde, besondere Controlmaßregeln für die Hausarbeiter einzuführen, während im Uebrigen die verlaufende Controle der Steuerverwaltung über die Geschäftsbücher bestehen bleibt. Dagegen werden die früheren Bestimmungen über die Controle des Handels mit Tabakfabrikaten ersetzt durch die Verpflichtung der Händler zur Anerkennung und Zurückstellung der ihnen übergebenen Facturen an die Fabrikanten und zur Führung von Anschreibungen über diese Facturen nach den Vorschriften der Steuerbehörde; diese Anschreibungen sind den Steuerbeamten auf Aufforderung zur Anfertigung von Auszügen vorzulegen. Der Fabrikant hat dann die von den Empfängern seiner Fabrikate zurückgeschickten und als richtig anerkannten Facturen in seinem Facturenbuch einzufügen. Schließlich sei noch erwähnt eine Aenderung, wonach für Fehlmengen, die bei der Bestandsaufnahme sich ergeben, nicht unter

allen Umständen die Steuer zu entrichten ist, sondern diese Fehlmengen in Abzug gebracht werden können, wenn der Fabrikant darüber genügende Aufklärung giebt,

— Die dem Bundesrath vorgelegte Novelle zum Genossenschaftsgesetz von 1889 ist im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden. Danach sollen Consumvereine im regelmäßigen Geschäftsverkehr nur an ihre Mitglieder oder deren Vertreter verkaufen dürfen. Für Consumvereine, die einen offenen Laden haben, hat der Vorstand, um die Beobachtung der Bestimmung des § 8 Abs. 4 zu sichern, die Anweisung darüber zu erlassen, auf welche Weise sich die Vereinsmitglieder oder deren Vertreter den Waarenverkäufern gegenüber zu legitimiren haben. Abschrift der Anweisung hat er der höheren Verwaltungsbehörde, in deren Bezirk die Genossenschaft ihren Sitz hat, unverzüglich einzureichen. Die höhere Verwaltungsbehörde ist befugt, die Mitglieder des Vorstandes zur Einreichung und nöthigenfalls zur Abänderung oder Ergänzung der Anweisung durch Geldstrafen bis zum Betrage von je 300 Mark anzuhalten. Gegen die Anordnungen und Straffesetzungen der höheren Verwaltungsbehörde findet binnen zwei Wochen die Beschwerde an die Landes-Centralbehörde statt. Sodann soll ein § 145a eingefügt werden folgenden Inhalts: Personen, die für einen Consumverein den Waarenverkauf bewirken, werden, wenn sie der Vorschrift des § 8 Absatz 4 zuwider missentlich oder ohne Beobachtung der nach § 30a von dem Vorstand erlassenen Anweisung Waaren an andere Personen als an Mitglieder oder deren Vertreter verkaufen, mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark bestraft. Gleiche Strafe trifft das Mitglied, welches seine zum Waarenkauf in einem Consumverein berechtigende Legitimation einem dritten zum Zweck unbefugter Waarenentnahme überläßt, sowie den dritten, welcher zu demselben Zweck von der für ein Mitglied ausgestellten Legitimation Gebrauch macht. Während die Consumvereine nach der bisherigen Gesetzgebung nur dem Gesetz und den Gerichten unterworfen waren, wird durch die Novelle den höheren Verwaltungsbehörden eine Einwirkung in den Geschäftsbetrieb der Consumvereine eingeräumt. In der Begründung wird hervorgehoben, daß die Consumvereine die wirtschaftliche Existenz zahlreicher Einzelbetriebe im Handel und im Handwerk gefährden. Es dürfe nicht dem individuellen Ermessen der Angestellten überlassen bleiben, durch welche Mittel sie sich über die Mitgliedschaft der Waarenkäufer vergewissern wollen. Die Vorstände würden in der Lage sein, die Legitimationen der Mitglieder oder der Vertreter derselben in einfachster Weise (Vorzeigen der Mitgliedskarte, eines Quittungsbuches, eines sonstigen Abzeichens) zu regeln und dem Verkaufspersonal klare Vorschriften zu ertheilen, welche unschwer zu handhaben sind, und deren, sei es willkürliche, sei es fahrlässige Uebertretung, alsdann unbedingt unter Strafe gestellt werden kann. Die Befugnis der bezüglichen Vorschriften durch die Registergerichte habe mit den Gesichtspunkten deren sonstigen Thätigkeit wenig gemein. Durch die Wahl der höheren Verwaltungsbehörde sei zugleich eine Gewähr für die gleichmäßige Behandlung des Gegenstandes innerhalb größerer Bezirke geboten. Für die zahlreichen landwirtschaftlichen Consumvereine ohne offenen Laden seien besondere Anweisungen über die Legitimation zwecklos.

— Gegen die Zolltarif-Novelle beschloß eine Versammlung der Parfümerie-Fabrikanten Deutschlands, die am Sonnabend in Berlin tagte, die Absendung einer Petition an den Bundesrath, in welcher dieser ersucht wird, es bezüglich der Steuerfreiheit des Branntweins für die Herstellung von Parfümerien und durchsichtigen Seifen bei den jetzigen Vorschriften zu belassen und von deren Aufhebung, welche die Zolltarif-Novelle vorsieht, abzusehen. In der Petition wird dargelegt, daß die geplante Maßregel eine schwere Schädigung der ganzen, namentlich der für den Export arbeitenden Parfümerie-Industrie und ihrer Hilfsindustrien bedeuten würde. Wenn auch eine Rückvergütung oder Nichterhebung der Branntweinsteuer auf die in das Ausland gehenden Parfümerien gewährt werden sollte, so sei deren richtige Ermittlung bei den Eigenthümlichkeiten der Parfümerie-Fabrikation so schwierig, daß die Kosten der Controle einen sehr großen Theil des Ertrages der auf den Inlandconsum zu erhebenden Steuer aufheben würden. Der inländische Bedarf in Parfümerien sei nicht bedeutend genug, um so einschneidende Veränderungen zu rechtfertigen, er betrage etwa 15—20 Procent, während 80—85 Procent ins Ausland gehen. Viele Fabrikanten liefern überhaupt nur 5 Procent der alkoholhaltigen Parfümerien nach dem Inlande. Es sei der deutschen Parfümerie-Industrie gelungen, ihren Absatz von Parfümerien und Toilettenseifen nach dem Auslande nicht allein aufrecht zu erhalten, sondern zu vermehren. Bei Aufrecht-

erhaltung der jetzigen Steuerverhältnisse würde es den deutschen Fabrikanten gelingen, auch fernerhin der ausländischen Concurrenz und dem Weltmarkt Stand zu halten und die deutsche Parfümerie-Industrie zu weiterem Aufschwung zu bringen. Dagegen würde die geplante Steuermaßregel den Absatz nach dem Inlande verringern und unter allen Umständen denjenigen nach dem Auslande auf einen sehr geringen Umfang reduciren. Die Petition soll auch der Zolltarifcommission des Reichstages zugehen.

— Herbert Bismarck ist gelegentlich der Geburtstagfeier des Kaisers zum Obersten und der klericale Agrarier Freiherr v. Schorlemer-Nist zum Major ernannt worden. Die Actien der Bismarck- und Agrarier stehen gut.

— Herr v. Stumm vor dem Strafrichter? Der „Deutschen Warte“ geht von angeblich unanfechtbarer Seite die folgende Mittheilung zu:

Wie wir hören, hat der Erste Staatsanwalt am hiesigen Landgericht I durch Vermittelung des Oberstaatsanwalts am Kammergericht an der preussischen Justizminister die Anfrage gerichtet, ob er gegen den Freiherrn von Stumm wegen der bekannten Affaire Stumm-Wagner die Anklage aus Paragraph 201 des Strafgesetzbuches (Herausforderung zum Zweikampf mit tödtlichen Waffen) erheben soll. Die Antwort des Ministers steht noch aus.

Wir warten die Bestätigung der Meldung ab und glauben, daß selbst im Falle der Richtigkeit derselben Freiherr v. Stumm keine Gelegenheit haben wird, sechs Monate auf einer Festung zu logiren. Die Strafen auf Grund des § 201 des Strafgesetzbuches sind bisher fast nie zur vollkommenen Vollstreckung gelangt.

— Die Zeitungs-Enquete, die wie gemeldet, im Kreise Greifswald durch den Landrath Grafen Behr angefaßt wurde, scheint auf einer allgemeinen Anordnung des Ministers des Innern zu beruhen, denn auch in Potsdam wurden den Redaktionen der dortigen Zeitungen von der Polizei Fragebogen vorgelegt, in welchen die Tendenz, die Auflage, der Jahrgang, die Erscheinungsweise des Blattes, sowie der Name des Chefredacteurs, Druckers und Verlegers einzutragen waren. Die Frage nach etwaigen Beschlagnahmen der Zeitung resp. Beschränkungen der Redacteurs war nicht gestellt, doch war eine Rubrik „Bemerkungen“ vorhanden, welche von der Polizeibehörde selbst ausgefüllt wurde, so daß anzunehmen ist, daß an dieser Stelle die Behörde die betreffenden Eintragungen gemacht hat.

— Mehr Steuern! Am Sonntag wurde der Landtag des Großherzogthums Sachsen-Weimar eröffnet, wobei mitgetheilt wurde, daß im Staatshaushalt erhebliche Verschiebungen eingetreten seien. Obwohl die eigentlichen Landeseinnahmen trotz der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse sich auf der früheren Höhe erhalten hätten, sei in Folge der Verhältnisse zum Reiche, ungeachtet der möglichen Sparlichkeit, eine Erhöhung der Einkommensteuer nicht zu umgehen. Auch ein weiterer Ausbau der Steuervereinfachung sei notwendig.

— Der französische radicale Abgeordnete Jouvillat-Maillet ist gestorben. — Die bekanntesten vier Amnestierten, auf die das Amnestiegesetz angewendet werden wird, sind Henry Rochefort, Jules Breton, der wegen eines Artikels in dem Parti Socialiste (in der Socialistischen Partei) zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt war und in Clairvaux seine Strafe verbüßt, der Abgeordnete Gerault-Richard, der Parier, beleidiger, und der anarchistische Bitterat Jean Grave. Dazu kommen die zahlreichen Opfer von Preß- und politischen-Prozessen und Lohnkämpfen. — Nach dem jüngsten, vom französischen Handelsministerium herausgegebenen Jahrbuch der industriellen, commerciellen und landwirtschaftlichen Syndicate (Gewerkschaften) betrug deren Gesamtzahl am 1. Juli 1894, mit dem das Berichtsjahr abschließt, 466, d. i. um 414 mehr als im Vorjahre. Davon sind 1518 Unternehmer-Syndicate mit zusammen 122,251 Mitgliedern; 2178 Arbeitersyndicate mit 408,025 Mitgliedern; 177 gemischte, d. i. aus Unternehmern und Arbeitern gebildete Syndicate mit 29,124 Mitgliedern und 1093 landwirtschaftliche Syndicate mit 384,332 Mitgliedern. Von den Verbänden, deren Zahl sich auf 127 beläuft, sind 73 Arbeiter-Syndicatsverbände. Außerdem giebt es 36 Arbeitshörser.

— Auch in Holland beliebt man wieder eine recht scharfe Tonart gegen Socialdemokraten. Die Zweite Kammer behandelte einen Gesetzesentwurf, betreffend Ausnahmbestimmungen für die beiden friesischen Gemeinden Donsland und Weststellingwerf, wo die



Mehrheit der Gemeinderäthe sich weigerte, die Gemeindefeuern zu erhöhen, während die Regierung die Reichszuschüsse nicht erhöhen will. Dieser Streit dauerte schon lange. Die Mitglieder der beiden Gemeinderäthe haben schon einmal ihre Mandate niedergelegt und sind auch sämtlich wiedergewählt worden. Das Ausnahmegesetz giebt den durch die Regierung ernannten Bürgermeistern die Macht, das Gemeindebudget ohne den Rath festzustellen. Diese unserem ganzen Staatsrecht absolut widersprechende Maßregel fand starken Widerstand bei dem fortschrittlichen Theil der Kammer. Was die Regierung so schnell nach Ausnahme-gesetzen greifen läßt, ist wohl der Umstand, daß der Gemeinderath von Opferland in der Mehrheit socialdemokratisch ist und zwei socialdemokratische Unterbürgermeister hat, während der Rath von Westlingwerf eine starke Minorität von Socialdemokraten hat. Die Kammer nahm die Vorlage mit 51 gegen 28 Stimmen an.

Der jüngste allgemeine Streit der Diamantarbeiter in Amsterdam hat noch immer seine Nachwehen. Die Unternehmer haben in ein paar Monaten schon alle von den Arbeitern erzielten Vortheile wieder zu nichte gemacht. Die übergroße Arbeitslosigkeit machte ihnen dies sehr leicht. Jetzt ist aber ein Aufschwung der Diamantindustrie zu erwarten, und die Arbeiter suchen diesen zu benutzen, um sich wieder Verbesserungen zu erzwingen. Gut 1000 Mann, alle Rosettenschleifer, haben die Arbeit eingestellt. Wenn die Unternehmer vereinigt auftreten, ist ein Generalstreik der Diamantarbeiter zu erwarten.

In Dänemark finden demnächst Wahlen zum Parlamente statt. Der Correspondent der „Frankf. Ztg.“ berichtet aus Kopenhagen: Die hiesigen Socialdemokraten haben mit der radicalen Linken ein Cartell für die bevorstehenden Wahlen abgeschlossen. Durch das neue Wahlkreisgesetz hat die Hauptstadt bekanntlich 8 neue Kreise erhalten, und die verbündete Opposition wird nun in allen 16 Kreisen Kopenhagens aufstellen. Der radicalen Linken werden die 8 Centralkreise der inneren, alten Stadt überlassen, während die Socialdemokraten ihre Candidaten in den 8 Vorstädten aufstellen.

Der russische Czar selbst ist eifrig bemüht, das Märchen von seinen liberalen Ideen auch als Märchen erscheinen zu lassen. Er empfing vor einigen Tagen die Deputationen des Adels und der Städte und hielt dabei folgende Ansprache: „Ich bin erfreut zu sehen, daß alle Corporationen mir die Gefühle treuer Unterthanenschaft ausdrücken. An diese Gefühle, die von jeher jeden Russen durchdrangen, glaube ich. Es ist mir auch bekannt geworden, daß in letzter Zeit in einigen Landschaftsversammlungen Stimmen laut geworden sind, geeignet, die Leute zu sinnlosen Phantasien betreffs der Theilnahme der Landschaftsvertreter an den Angelegenheiten der inneren Verwaltung hinzureißen. Mögen alle wissen, daß ich, indem ich meine Kräfte dem Wohle des Vaterlandes zu opfern entschlossen bin, ebenso fest an den Principien der Autokratie festhalte wie mein Vater.“ In einem Worte, der Czarismus hält fest an der Selbstherrschafft, und das Verhängnis vollzieht sich. Nicolai II. trägt die Verantwortlichkeit für sein Thun.

Aus Bulgarien wird berichtet, daß in Borna unter dem Vorzuge des Priesters Ohan Kantagorni eine Versammlung von 2500 Armeniern stattgefunden hat, welche für die Sache ihrer bedrückten Stammesgenossen in der Türkei eintreten wollten. Es wurden diesem Zwecke entsprechende Resolutionen gefaßt und beschlossen, dieselben dem Jaren durch den Rathos aller Armenier, den Regierungen der übrigen europäischen Mächte und derjenigen der Vereinigten Staaten von Amerika aber durch den Professor Miras Tichera; zu stellen zu lassen.

Som Sinesisch-japanischen Kriegeschauplatz liegen die folgenden Depeschen vor:

Die der „Times“ aus Shanghai von gestern gemeldet wird, haben die Commandirenden der chinesischen Streitkräfte telegraphisch berichtet, daß die japanische Flotte am 26. d. Mts. um 3 Uhr Morgens gegen Weihaiwei in zwei Divisionen mit 19 Schiffen vorrückte. Die Kanonen der chinesischen Flotte und die Landbatterien eröffneten das Feuer auf die erste Division, als diese 1000 Meter von der chinesischen Flotte entfernt war. Die schnellsten chinesischen Schiffe und Torpedoböte griffen den Feind an und schlugen ihn zurück. Die erste japanische Division segelte nordwärts, die zweite südwärts. Mehrere japanische Schiffe seien beschädigt worden. Die Japaner griffen Weihaiwei zu gleicher Zeit zu Lande an, wurden aber ebenfalls zurückgeschlagen. Die Chinesen verloren

27 Seeleute, die Japaner hatten 300 Tode und Verwundete.

Nach einer amtlichen Depesche hat General Nogi aus Hantsai am 28. d. M. gemeldet, daß die Chinesen ihre Stellung in der Nähe von Jingsha verstärkten. Die japanischen Cavaleriekorps können nicht weiter vordringen, als bis Saoping, da der Feind seine ganze Linie vorgedrückt hat.

Am 28. Januar wurden, wie aus Tschemulpo gemeldet wird, die ausländischen Tonghaks von den japanischen und koreanischen Truppen bei Tschenghing geschlagen und erlitten schwere Verluste. Eine weitere Abtheilung ist von Siotichou aufgebrochen, um die Tonghaks in Koshin anzugreifen.

**Parteiangelegenheiten.**

**Gegen den Umsturz.** Unsere Parteigenossen im ganzen Reiche fahren fort auf das lebhafteste zu agitiren gegen das geplante Knebelgesetz. Und der Stimmung nach zu schließen, die sich in weiten Volkskreisen gegen dieses neue Attentat gegen die künsterlichen Volksfreiheiten geltend macht, dürfte die Regierung bei einer event. Auflösung des Reichstages recht bittere Erfahrungen machen. Es haben weitere Protest-Versammlungen stattgefunden in Dessau, wo der Reichstagsabgeordnete Schmidt-Magdeburg referirte. In Stettin sprach der Reichstagsabgeordnete Schuhmacher-Solingen vor etwa 4000 Personen. Eine so stark besuchte Versammlung hatte seit der letzten Wahlbewegung in Stettin noch nicht stattgefunden. Das eine hat die Umsturzvorlage sicher zu Wege gebracht, daß die Arbeiter aus ihrer Gleichgültigkeit aufgerüttelt worden sind.

In Schleswig-holsteinischen Wahlkreise sprach in mehreren Versammlungen der Reichstagsabgeordnete Wegien, in Horkow referirte der Genosse Klüg-Niel. — Am Sonntag den 27. Januar sprach Genosse Wenzel aus Ludwigshafen vor ungefähr 1000 Personen in einer Volksversammlung in Birnmasen. Der Vortrag fand großen Beifall und wurde die Protestresolution einstimmig angenommen. — In Homburg (Sauna) fand am gleichen Tage eine öffentliche Volksversammlung statt, die trotz der strengen Kälte auch von den umliegenden Orten gut besucht war, etwa 300 Personen füllten den Saal bis auf den letzten Platz. Reichstagsabgeordnete Brühne sprach unter lebhaftem Beifall über die Umsturzvorlage. Ein Geheimnisklauer, welcher außer den beiden überwachenden Beamten im Saal war und sich Notizen machte, wurde auf Veranlassung des Genossen Brühne den Saal verlassen. Die Versammlung nahm einen ausgezeichneten Verlauf. — In Hanau fand ebenfalls eine sehr gut besuchte Versammlung statt, in der Genosse Hoch-Frankfurt referirte. Protestresolutionen wurden in sämmtlichen Versammlungen angenommen.

**Wahlkampf.** Durch die Mandatsniederlegung des Reichstagsabgeordneten Baron von Bülach, der bekanntlich zum Unterhaussekretär für Staats-Einkünfte ernannt wurde, hat eine Neuwahl im Kreise Griesheim-Molsheim stattzufinden. In dieser Wahl werden sich auch, obwohl Aussicht auf Erfolg nicht vorhanden ist, nach der Umbildung des Orenburger „Volksfreund“, die Socialdemokraten betheiligen, indem sie einen eigenen Candidaten aufstellen.

**Exzellenzliste der Partei.** Gegen 40 Genossen gaben am Sonntag dem verstorbenen Genossen Kunz in Stötteritz das letzte Geleit. Von einigen unheimlichen Scenen mit dem Herrn Genossen abgesehen, verlief die Feter in würdiger Weise; dem Verstorbenen werden die Genossen ein treues Andenken bewahren.

**Arbeiterbewegung.**

**Achtung, Buchbinder!** In der Varietätsfabrik von Schwann u. Göldebrandt in Osnabrück ist wegen Differenzen ein Streit ausgebrochen. Wir ersuchen alle Collegen, dem nicht eher in Arbeit zu treten, bis die Angelegenheit von uns als geregelt erklärt wird. Zugang ist strengstens fernzuhalten. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebittet. Die Mitgliedschafts-Handlung des Verbandes der Buchbinder.

**Achtung, Lederarbeiter!** Der Streit bei der Firma Schmidt u. Senner in Brunsbüttel ist nach dem sämmtlichen Forderungen der Arbeiter beseitigt worden und beendet. Ebenso sind sämmtliche Forderungen der Arbeiter (gehobene Löhne, Pensionen von 21 Mts. u. s. w.) seitens der Fabrikanten mit einer ganz geringfügigen Abweichung beseitigt worden.

**Der Weberstreik in Aachen** ist durch die Vermittelung der Behörden beendet. Die Arbeiter haben einige Erfolge erzielt.

**Ueber die rheinische Schuhwaren-Fabrik von Schulz u. Griebel in Künzberg** ist von der Rürnberger Arbeiterpartei der Boykott beschloffen worden.

**Der kaiserliche Arbeitsnachweis und die Frankfurter Arbeiter.** In einer Versammlung aller Gewerkschaften Frankfurt, die darüber Beschlüsse zu fassen hatte, ob die organisierten Arbeiter sich nach dem sogenannten Streikverbot von der Regierung gemindert werden, doch noch an der Wahl der Commission des Arbeitsnachweises betheiligen sollen oder nicht, wurde nach einem Referat des Genossen Dr. Jandt und nach eingehender Debatte folgende Resolution gegen 4 Stimmen angenommen: „Die heutige öffentliche Versammlung der Frankfurter Arbeiter erklärt: In der Einrichtung des sogenannten Arbeitsnachweises aus dem Dienstamt, bestehenden des kaiserlichen Arbeitsnachweises, erblickt die Frankfurter Arbeiterpartei eine von den Unternehmern gegen die Arbeiter und ihre Combinationen gerichtete Maßregel, die den organisierten Arbeitern die Benutzung der öffentlichen Arbeitsnachweisung vollständig nicht möglich erscheinen läßt. In Folge der unorganisierten Arbeiter jedoch werden die Arbeitgeber beim Gewerkschaftsausschuss, an dem Stellen für Arbeitsnachweis-Commissionen theilzunehmen und unabhängig in Verhandlungen der Commission mittelst der Arbeitsnachweis-Commission theilzunehmen zu sein.“ — Ferner wird auf Anregung des Genossen

Knoblich (Kellner) folgender Beschluß gefaßt: „Der hiesige Magistrat wird aufgefordert, in die Pachtverträge, welche städtischen Etablissements (Forsthaus etc.) betreffen, die Zustimmung aufzunehmen, daß die Pächter ihren Personal bei dem städtischen Arbeitsnachweis zu haben.“

**Die Lederfärber (Glacelieder) von Brüssel** in den Generalstreik eingetreten, weil ein Unternehmer 43 Mann beschäftigte, seine Arbeiter zum Austritt aus der Organisation zwingen wollte. Mehrere andere Unternehmer gingen in ähnlicher Weise vor, sodaß die Annahme berechtigt ist, daß die Unternehmer es auf eine Sprengung der Organisation abgesehen haben. 200 Mann, fast durchweg mitbewerber, sind am Streik betheilt. Da die Mittel zur Unterstützung so zahlreicher Personen nicht ausreichen, so ersuchen die Streikenden um Zuneigung materieller Unterstützung. Sendungen sind zu richten an: Un on des Couturiers eu Peaux 31, Rue de Comte Flandre 37, Bruxelles Malenbeck St. J-an.

**Sociale Uebersicht.**

**Zur Lage der Berliner Lehrerinnen.** Die Nr. 2 der „Blätter für sociale Praxis“ giebt unter dem Titel „Gehalt und Verbrauch Berliner Lehrerinnen“ eine interessante Uebersicht über die Gehälter der Berliner Volksschullehrerinnen im Vergleich zu denen ihrer männlichen Collegen. Aus der für diese Vergleichung aufgestellten Tabelle läßt sich mit Leichtigkeit berechnen, daß die Lehrerin durchschnittlich Wirklichkeit 1119 Mark, nach Verhältnis der zu leistenden Stundenzahl ca. 700 Mark weniger als der Lehrer erhalte. Sie bezieht etwa fünf Achtel des durchschnittlichen Gehalts. An der Hand von zuverlässigen Zahlen wird ferner weit verbreiteten Irrthümern über den Verbrauch weiblicher Beamten entgegengetreten und an einem fühlbar dargelegtem Beispiel bewiesen, daß eine Volksschullehrerin auf mittlerer Gehaltsstufe, selbst in günstigen häuslichen Verhältnissen mit ihrem Gehalt auskommen könne, ganz abgesehen davon, daß die Lehrerinnen Verpflichtungen gegen Angehörige haben, die sie sich weder entziehen können, noch wollen.

**Parlamentarisches.**

**Die Geschäfts-Ordnungs-Commission des Reichstages** war gestern nochmals bezüglich ihrer Stellung zur Frage der Priorität der Initiativanträge zusammengetreten und hat ihren Beschluß auf Abänderung des Art. 3 des § 35 in dem Punkte abgeändert, daß über Reihenfolge gleichzeitig eingereicherter Anträge der Präsident allein entscheiden soll, während nach dem ersten Beschluß der Präsident im Einverständnis mit dem Senatscommissar darüber zu befinden hatte.

**Die Reichstags-Commission zur Verhütung des Sechensurzes** über Binnenschiffahrt und Fischerei zu ihrem Vorsitzenden den Abg. Bassermann (natl.) und Stellvertreter den Abg. Petosha (Centr.), zu Schriftführer den Abg. v. Langen (cons.) und Metzger (Soc.) gewählt. Außer letzterem gehören die Abgg. Gerisch und Kless zu den Vertretern der socialdemokratischen Fraction der Commission.

**Berufs- und Gewerbezahl.** Die Commission zur Verhütung dieser Vorlage hat zum Vorsitzenden die Hr. (Centr.), zum Stellvertreter denselben Dr. Schmeißer (freif. Volksp.) und zu Schriftführern Dr. Schoenlant (Soc.) und Weiß (freif. Volksp.) gewählt. Außer Genosse Schoenlant gehört der Commission kein Vertreter unserer Partei.

**Zermischtes.**

**Berlin, 30. Januar.** Der von einem Militärpompier am Montag Nachmittag in der Jungfernhöhe erschossene Arbeiter heißt, wie jetzt bekannt wird, Friedrich Müller. Er war erst am Tage vorher von Falkenberg kommend, Arbeitercolonie zu Regel überwiesen worden. Am Abend des Sonntags hielt der dortige Geistliche Gottesdienst, wobei er die Fehlschüsse 1870/71 beiprach. Müller unterbrach den Geistlichen mit den lauten Worten: „Das ist nicht was ich bin selbst dabei gewesen.“ Müller wurde festgehalten eine Zeit lang beobachtet und dann einem Arzt zugeführt, der ihn für geisteskrank hielt. Müller ist jedoch bald dem Leben wieder entlaufen und hat sich nach dem eine halbe Stunde entfernten Pulverschuppen begeben.

**Lübeck, 31. Jan.** Bei starkem Nordostwinde wurde hierorts am Mittwoch Abend 5 Uhr die niedrig gelegenen Stadttheile überfluthet. Die Bewohner flohen aus ihren Behausungen, die Kaufleute hatten mit zahlreichen Arbeitskräften die in den Hafenspeichern lagernden Waaren. Allründlich ertönten Warnungsschüsse. An der Dampfküste sind durch die Eispackung viele Behausungen angezündet.

**Petersburg, 30. Januar.** Im Treibeis sind zwei Dampfer, welche von Petersburg ausgelaufen waren, zwar 10 Kilometer von Reval entfernt festgeblieben, sie haben aber bei dem ersten günstigen Wind wieder frei zu kommen.

**Ein Majestätsverbrecher.** Wider des verstorbenen gottlosen, vermaledeiten Ehrenschänders, bösthatigen Varranen auch hurenjüchtigen Holofernes von Braunichweig, so Herzog Heinrich den Jüngeren nennet, unverfälscht Calphurnisch schand- und lügenhaft. Dies ist der Inhalt eines Artikels, in dem der genannte Herzog Heinrich die gehende Hans Wurst genannt wurde. Die Bezeichnung im Einzelnen übersteigen alles Mittheilbare. Und wie schrieb so? Martin Luther, da man zählte 1511. Wie viel Jahre Gefängnis bekäme der Majestätsverbrecher heute?

Verantwortlicher Redacteur: **Emil Reutsk**; — Druck: Neue Graupenstr. 5.6; — für den Inzeratentheil: **E. Jahn**; — Expedition: Neue Graupenstr. 5.6; — Berlin: **O. Schatz & Co.**; Druck von **Th. Schatz**; sammtlich in Breslau.

Gleichen eine Beilage.



## Der Untergang der „Elbe“.

Ueber das furchtbare Schiffsunglück, von dem wir gestern kurze Mittheilungen machten, liegen jetzt eingehendere Schilderungen vor. Danach stellt sich die Katastrophe noch immer schwerer dar. Es wird gemeldet:

Bis jetzt hält man 374 Menschenleben für verloren. Während der vergangenen Nacht herrschte ein starker Nordoststurm und Frost. Trotzdem haben Küstenwachen und Zollbeamte nach dem zweiten Boot ausgespäht, das einiaen Nachrichten zufolge von der „Elbe“ losgekommen sein soll. Einige dieser Beamten sind jetzt 48 Stunden auf ihrem Posten. Bisher ist nichts gesehen und nichts gemeldet worden und man ist geneigt, die letzte Hoffnung aufzugeben. Nichts ist angeschwemmt, nichts von der Ladung geborgen; nur einige Heringebote, die während der Unglückszeit in der Nähe fischten, sind noch nicht heimgekehrt. Daran knüpft sich die letzte Hoffnung. Einer der geretteten Dispatiere sagt aus, am Saab... des britischen Dampfers „Crathie“ grünes Signallicht bemerkt zu haben. Der Dampfer „Crathie“ beabachtigte, vor dem Bug der „Elbe“ vorüberzufahren. Frä. Böcker, die als Gesellschaftsdame von einem schwöchentlichen in Bremen verbrachten Urlaub nach England zurückkehren wollte, erklärt, den Capitän im Augenblick der Katastrophe auf der Commandobrücke gesehen zu haben. Nach einer Lloyddepesche ist der englische Dampfer „Crathie“, von Rotterdam nach Aberdeen unterwegs, in Masluis angelauten. Der Commandant war Capitän S. Gordon.

Die Reise war am Montag ohne Zwischenfall verlaufen, dann aber entstand ein furchtbarer Orkan, der das Schiff wie eine Glasugel umherichleuderte. Der Morgen war dunkel, ab und zu sah man die Lichter anderer Fahrzeuge. Die „Elbe“ gab von Zeit zu Zeit Raketen ab, um andere Schiffe aufmerksam auf ihren Kurs zu machen. Früh um 6 Uhr sah der Mann im Logau, daß ein Dampfer sich näherte. Derselbe schenkte den Raketen keine Beachtung und setzte seinen Kurs fort. Dann war ein furchtbarer Krach hörbar. Das Wasser überfluthete den Maschinenraum und das Schiff begann sofort zu sinken. Die Passagiere stürzten halb angekleidet auf das Verdeck, vergebens versuchten die Offiziere, Ordnung zu schaffen.

Der Passagier Hoffmann, der Gattin und Sohn verloren, ist ganz gebrochen. Er zeigt mit Mühsamkeit eine goldene Uhr, die seine Frau ihm in die Hand drückte, als sie nach dem Steuerbord ging, wo die Frauen und Kinder in die Boote eingeschifft werden sollten. Er erzählt über die Katastrophe folgendes: Wir verließen Bremerhaven am Montag Nachmittag 3 Uhr. Mit mir war mein Weib und Kind. Unsere Cabine, eine zweiklassige, war nur einige Ellen von der Stelle gelegen, die der Stoß zu fühlen bekam. Wir schliefen fest, als ich durch etwas, das wie das Läuten der Tafelglocke klang, erwachte. Sehend, daß es noch dunkel war, sprang ich auf, da ich aber nichts mehr hörte, zog ich mich wieder zurück. Gleich darauf aber hörte ich das Geräusch von Schritten, Schreien und Rufen. Da wußte ich, daß etwas vorgefallen war. Ich legte einige Kleidungsstücke an, dasselbe thaten mein Weib und Kind. Als ich an das obere Ende der Treppe gelangte, wurde ich niedergebissen, konnte mich aber wieder erheben, ohne daß mir auf den Leib getreten wurde. Ich sah, daß ein großes Loch in das Schiff gerannt war, durch welches das gurgelnde Wasser eindrang. Ich warf den Jungen in das Boot und begab mich selbst hinein. In dem ich meinem Weib die Hand reichte, um sie ebenfalls in das Boot zu bringen, rief irgend Jemand: „Damen und Kinder auf der anderen Seite des Schiffes einsteigen!“ und meine Frau folgte unglücklicher Weise dem Rufe. Mein Kind wurde von einem Matrosen gewaltsam aus dem Boot herausgenommen und ich sah keins von beiden wieder. Beinahe wären wir Alle durch einen herabstürzenden Mast erschlagen worden.

Einige der Geretteten behaupten jetzt, es seien acht Boote flott gemacht worden. Der Passagier Karl Hoffmann erklärt jedoch bestimmt, daß nur zwei Boote ins Wasser gelassen wurden, von denen das eine sofort umschlug. Alle Insassen desselben ertranken mit Ausnahme des Frä. Anna Böcker. Der Obermaschinist Neuffel erklärt die geringe Zahl der Boote damit, daß das Schiff nach dem Zusammenstoß in Folge des hereinströmenden Wassers sich auf die Seite neigte, was das Fortmachen der Boote verhinderte. Die Geretteten landeten in einem erbarmungswürdigen Zustand, fast

unbekleidet und halb erfroren, da die eisigen Wellen sie ganz durchnäßt hatten. Der deutsche Consul Soetbeer that für sie was in seinen Kräften stand.

Der Capitän des Dampfers „Crathie“, Gordon, meldet dem Besitzer Rosatt in Aberdeen, daß der Bug des Dampfers furchtbar zugerichtet sei. Das Schiff sei gerade noch im Stande gewesen, Rotterdam zu erreichen. Zur Zeit des Zusammenstoßes sei er nicht auf Deck gewesen, der erste Steuermann habe das Commando gehabt. Dieser sagt aus, daß die „Crathie“ so beschädigt war, daß die Mannschaft ihre Aufmerksamkeit auf die Rettung des eigenen Lebens verwenden mußte. Gordon behauptet, daß dicker Nebel auf dem Wasser lag und daß das Schiff, mit dem die „Crathie“ zusammengestoßen sei, gar nicht weit gesehen wurde. Das widerspricht jedoch den bis jetzt vorliegenden Aussagen der Geretteten.

Aus Lovestoft wird gemeldet: Die Hafenbehörden sandten Bugstildampfer aus, um die Nordsee in der Umgebung von Hooks Leuchtschiff zu durchsuchen. Der Lloydagent Kellermalls in Southampton ist hier angetroffen und leitet die Untersuchung. Der gerettete Offizier Stollberg erklärt, der andere Dampfer habe sich außerhalb des Curfes befunden, er habe das grüne Licht an dessen Backbordseite gesehen. Er glaube nicht, daß das zwanzig Fuß lange Rettungsboot, welchem es gelang, vor der „Elbe“ wegzukommen, sich bei der stürmischen See habe halten können. Der Lootse Greenham sagte folgendes aus: Der erste Befehl des Capitäns nach dem Zusammenstoß war, die Boote herauszuwinden, aber nicht herabzulassen; dann commandirte der Capitän: „Alles an Bord, Mannschaft auf ihre Posten“. Hierauf erging der Befehl, die Frauen und Kinder in den Steuerbordbooten zuerst zu retten; der Capitän befand sich auf der Brücke, er ist, wie ich glaube, mit dem Schiffe untergegangen. Der nächste Befehl war, die Boote niederzulassen. Es herrschte durchaus keine Verwirrung oder Panik, jeder Befehl wurde mit der größten Ruhe und Schnelligkeit ausgeführt. Die See ging hoch bei starkem Wind und bitterlicher Kälte. Die Lade der Boote waren gefroren, und wurden dieselben, um Zeit zu sparen, gestapelt. Die „Elbe“ ging zwei Minuten, nachdem ich sie verlassen, unter. Das Mannschaften in größerer Zahl gerettet wurden, als Passagiere, erklärt der Lootse damit, daß, nachdem der Befehl gegeben worden war, die Frauen und Kinder zuerst zu retten, die „Elbe“ nach der Steuerbordseite sich senkte und das Wasser nach dem Bromenabendeck hinaufkam, wodurch die Steuerbordboote unbrauchbar wurden, während das Boot, welches die Geretteten fortbrachte, sich auf der Backbordseite befand und das letzte war, welches das Schiff verließ. Der Befehlen des Capitäns gemäß nahmen der dritte Offizier und der Zahlmeister im Boot Platz. Als das Wasser sich über Deck ergoß, stürzte alles nach den Rettungsbooten.

Die Admiralitätsbehörde begann Donnerstag die vorläufige Untersuchung. Die Offiziere der „Elbe“ wurden von der Oberzollbehörde verhört. Sie sagten aus, das Unglück habe am Mittwoch Morgen um 5 Uhr 40 Minuten stattgefunden, als die „Elbe“ mit südwestlichem Course den Canal gegen Hurs hinunterfuhr. 40 Meilen vom Terschelling-Leuchtschiff entfernt nahe 2 1/2 Punkte vom Backbordbug der „Elbe“ ein unbekanntes Schiff. Der Kurs desselben war an scheinend West-Nord-West. Nach dem Seefahrtreglement mußte das unbekanntes Schiff links steuern und den hinteren Theil der „Elbe“ passieren. Es heißt jedoch, daß beide Schiffe ihren Kurs beibehalten haben. Die „Elbe“ wurde unmittelbar hinter ihrem Maschinenraum getroffen, wo der Bug des unbekanntes Dampfers hineindrang. In den Schlafcasseten der 2. Klasse wurde die Erschütterung nur sehr wenig empfunden.

## Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

27. Sitzung.

Donnerstag, den 31. Januar 1895.

Präsident v. Sebekow eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten.

Am Bundesrathstisch v. Köller, v. Puttkamer. Die Berathung über die Anträge der Socialdemokraten und Elsäßer auf Aufhebung des Dictaturparagraphen für Elsaß-Lothringen.

Abg. Preis (El.) erwidert dem Staatssecretär, daß allgemeine und geheime Wahlen wohl zu den Bezirksräthen im Reichslande beständen, für das eigentliche Parlament, den Landesauschuß, gebe es aber ein Mitspracherecht von Wahlen, das zur Folge habe, daß dieser Landesauschuß eine Art Oligarchie bilde. Eine wirksame Controle von Regierungsmagnahmen sei dort ganz unmöglich. So sei es auch un-

möglich gewesen, Beschwerden über den Dictaturparagraphen vorzubringen, der in der That viel böses Blut erzeuge. Seien doch ganz unpolitische Blätter auf Grund jenes Paragraphen unterdrückt worden. Ob das, wie Herr v. Puttkamer mir zuruft, vor 1885 geschehen sei oder nachher, sei gleichgültig. Dabei sehe man nicht ein, welches stichhaltige Motiv die Regierung für die Aufrechterhaltung des Dictaturparagraphen habe. Er sei ein Ausnahmegesetz, möge Herr v. Puttkamer sagen, was er wolle. Gegen ein solches aufzutreten, sei des Reichstags die richtige Instanz. Im reichsständischen Landesausschuß sehe man auf Beschwerden nicht Rede. Der Geist des Dictaturparagraphen terrorisire das ganze Land. Ein Polizeipräsident, der auch von diesem Geist befallen war, konnte Elsäßer mit „Lump und Schweinhund“ anreden. Wie groß der Zwang sei, könne man daraus ersehen, daß Strafen von 1 Jahr oder 18 Monaten gegen Arbeiter ausgesprochen worden sind, die nur in der Betrunktheit einmal die Marjellaise gesungen oder gar nur gepfiffen haben. Man müsse bedenken, daß das Land 1871 wider seinen Willen annektirt worden. Seine Sympathien liegen zu Frankreich, in dessen Nationalbewußtsein das elsäß-lothringische Volkselement aufgegangen war. Trotzdem sei niemals irgend eine Spur von einer revolutionären Bewegung hervorgetreten, die Anlaß zu dem Dictaturparagraphen hätte geben können. Man habe ihn nur geschaffen, weil sich mit seiner Hilfe besser regieren lasse. Gestern sei der Paragraph nun damit gerechtfertigt worden, daß er eine Waffe gegen Agitationen vom Auslande her bilden solle. Für solche Agitationen sollten also die Elsaß-Lothringer büßen? Dazu sollten doch die übrigen Gesetze genügen. In der That sei der Dictaturparagraph aber niemals gegen Ausländer angewendet worden. Heute sei überhaupt eine wirksame Agitation vom Auslande her unmöglich. Sonst könnte man ja auch den Dictaturparagraph ausdrücklich auf Ausländer beschränken; er werde ein entsprechendes Amendement zur zweiten Lesung einbringen, und werde sich ja die Regierung darüber äußern müssen. Dem Ausnahmegeetze sei es zu danken, daß ein Anwachsen der reichsständischen Bevölkerung mit Deutschland nicht habe stattfinden können. Was man erreicht habe, sei eine unerhörte politische Gleichgültigkeit, also eine Ruhe, die der des Kirchhofes gleiche. Das Deutsche Reich habe den Weg der Gewalt, statt desjenigen der Milde eingeschlagen. Dadurch habe es die Assimilierung selbst verhindert. Nur durch größte Geduld hätte man dieses Ziel erreichen können. So habe seinerzeit Frankreich es erreicht, daß das ursprünglich deutsche Land ganz französisch geworden sei. Frankreich habe eben auf allen Gebieten Toleranz geübt. Deutschland thue das Gegentheil, es verdränge die französische Sprache aus der Volksschule, ja aus der Kirche. In jeder Weise seien die Freiheiten der Bewohner beschränkt worden. Dazu komme, daß die nach Elsaß-Lothringen gesandten Beamten es nicht verstanden hätten, sich beliebt zu machen. Als ein Exploitationsgebiet für deutsche Beamte dürfe man doch das Reichsland nicht betrachten. Das elsäß-lothringische Volk sei durchweg friedlich und arbeitsam, es verdiene die Behandlung mit Ausnahmegeetzen nicht. Führe man nicht ein freibeiliges Regiment ein, dann würde auch die heranwachsende Generation dem Deutschen Reiche immer mehr entfremdet. Die Regierung übersehe die Verhältnisse gar nicht, sonst hätte Herr von Köller bei der Berathung der Amtsurvorgabe nicht äußern können, die Mehrheit der elsäßischen Bevölkerung sei durchaus verständig, mit Ausnahme einiger Krakehler. Mit den Krakehlern meine man wohl ihn und seine Freunde. Hinter diesen aber stehe die Mehrzahl des elsäßischen Volkes, namentlich wenn man die Wähler der Herren Hebel und Bueb hinzurechne. Aber auch die übrigen reichsständischen Abgeordneten hätten doch ihren Wählern versprochen, für Aufhebung der Ausnahmegeetze zu wirken. Leider gebe es aber in Elsaß-Lothringen keine öffentliche Meinung, denn die Presse sei geknebelt, eine Versammlungsfreiheit existire nicht. Es gebe nur eine Privatmeinung und die kenne weder Herr von Puttkamer noch Herr von Köller. Elsaß-Lothringen besinde sich in der unwürdigen Lage eines Hundes, der an der Kette liege. Man solle diesem Zustande ein Ende machen, indem man die Dictatur aufhebe. (Lebh. Beifall links).

Minister v. Bille: Ich würde von dem Lande, was mein Heimathland ist, nicht in dem Tone reden, wie der Vorredner. (Widerspruch links.) Mit einem Hunde, mit dem Strick um den Hals, würde ich es jedenfalls nicht vergleichen. (Lebhafter Widerspruch links.) Man vergeße ganz, daß die Verhältnisse im Reichslande heute ganz anders liegen als früher. Das Land steht finanziell besser als andere Bundesstaaten. Der Dictaturparagraph ist nur einige Mal angewendet worden; ich selber habe nur einmal Veranlassung gehabt, mir den Paragraphen anzusehen. Einmal handelte es sich um eine socialdemokratische Zeitung, die unterdrückt zu haben, ich mir als ein Verdienst anrechne. Ich würde auch von dem Parlament meines Heimathlandes nicht so sprechen, wie der Vorredner. Ich habe in meiner Thätigkeit als fünfjähriger Unterstaatssecretär (Große Heiterkeit) gefunden, daß in keinem Lande so sachlich und mit so geringer Opposition verhandelt wird. (Lachen links.) Wenn jemand wegen der Rufe Vive la république und Vive la France hart bestraft worden ist, so finde ich das nur in der Ordnung. Im Elsaß wird jeder Fremde geduldet, er muß sich nur innerhalb 24 Stunden melden. Ausnahmebestimmungen bestehen nur gegen französische Offiziere und gegen Emigranten, die doch nur ausgewandert sind, um sich vom Militärdienst zu drücken. (Heiterkeit.) Die Bevölkerung im Reichslande ist im Allgemeinen friedlich, Agitatoren giebt es wenig. Das berechtigt aber nicht zu dem Aussprüche, es herrsche im Reichslande nur eine Kirchhofsrube. Hätte ich diese Ueberzeugung, so hätte ich mich nicht im Elsaß angefaßt. Ein Emporwachsen der Bureaucratie habe ich niemals geduldet. Jede anwachsende Bureaucratie habe ich sofort todtgeschlagen. (Heiterkeit.) Ich kenne das Land besser als der Vorredner. (Heiterkeit.) Unser Beamtenhumor hat sich vielleicht nicht immer beliebt zu machen gewußt. Mir ist aber ein Beamter, der seine Pflicht thut, lieber, als ein solcher, der andern zu Liebe handelt. Im ganzen haben sich die Verhältnisse im Elsaß auch erheblich gebessert. Man fühlt



Ich vielfach wohlter als unter französischer Herrschaft. Die Wahlen sprachen nicht dagegen, denn der Elsaß-Lothringer, dem alle Fekereien zuwider sind, zieht sich von den Wahlen zurück. Der Vordredner muß doch auch wissen, daß er nur mit 42 Stimmen Majorität gewählt ist. Und die Minorität muß man doch auch in Betracht ziehen. Es sind bei der letzten Wahl 5000 Stimmen für nationale Kandidaten, 2000 Stimmen für Katholiken und 3000 für Socialdemokraten z. B. in Straßburg abgegeben worden. Daß Herr Bebel gesiegt hat, ist nur ein Erfolg der Agitation. (Heiterkeit.) Manche Leute scheuen sich ja nicht, selbst hier im Reichstage die Unzufriedenheit zu schüren. (Große Heiterkeit.) Neben, wie wir sie gehört haben, können nur dazu beitragen, die Unzufriedenheit zu schüren. Weisen Sie deshalb den Antrag ab. (Beifall rechts.)

Abg. Prinz Hohenlohe (wildconf.) stellt einer gestrigen Behauptung des Abg. Guerber gegenüber fest, daß er bei den Wahlen sich gegen die Aufhebung des Dictaturparagrapheu ausgesprochen habe. Er habe nur die Aufhebung gewisser französischer Geleise für notwendig erklärt. Die Nothwendigkeit des Dictaturparagrapheu habe der Reichskanzler und der Staatssecretär genügend nachgemessen.

Abg. Leuzmann (freis. Sp.). Er habe schon 1885 die Aufhebung des Dictaturparagrapheu verlangt. Der damalige Antrag sei auch nicht deshalb zurückgezogen worden, weil er aussichtslos war, sondern weil die Regierung die Zusage gegeben hatte, die elsaß-lothringische Ausnahme-gesetzgebung zu reformiren. Eine Majorität wäre dem damaligen Antrage sicher gewesen. Fürst Hohenlohe sei allerdings kein Tyrann gewesen, aber er habe doch die Macht-behugnisse eines solchen gehabt und es sei immer als möglich angesehen worden, einem Statthalter die Machtbehugnisse eines Monarchen zu ertheilen. Die Gründe, die der Reichskanzler gestern für die Dictatur angeführt habe, könnten für ganz Deutschland die Berechtigung constataren, eine gleiche Warnungstafel aufzustellen. Mit Aufhebung der Dictatur nehme man dem Reichslande den Anlaß zur Agitation. Gegen die auf Grund des Dictaturparagrapheu getroffenen Maßnahmen gebe es zudem nicht einmal ein Rechtsmittel, denn über dem Statthalter liege keine Instanz. Es sei auch kein Zweifel, daß im Reichslande alle Parteien dringend die Aufhebung des Dictaturparagrapheus wünschden und die Regierung widersehe sich diesem Verlangen nur, weil sie nichts von ihrer Macht abtreten wollte. Die Vertreter von Elsaß-Lothringen dagegen gingen keineswegs darauf aus, eine neue Macht zu gewinnen, sie forderten nur ihr Recht. Mit der Annahme des Antrags erfülle man nicht nur eine Pflicht gegen das Reichsland, sondern auch gegen Deutschland.

Abg. Boehlmann (Reichsp.) nimmt keinen Anstand die Aufhebung des Dictaturparagrapheu zu befürworten, wenigstens ihm die Rede des Abg. Freis diese Stellungnahme eher erschwert als erleichtert habe. Was jener Herr gesagt, spreche fast durchweg für die Beibehaltung des Paragrapheu. Aber Herr Freis stelle die Verhältnisse falsch dar. Die elsaß-lothringische Bevölkerung liege in ihrer großen Masse auf dem Boden des Frankfurter Friedens. Ein Beweis dafür liege in den von Jahr zu Jahr sich mehrenden Localitätsbezeugungen der Bevölkerung. In den großen Schichten der Bevölkerung herrsche allerdings der Wunsch, den Dictaturparagrapheu aufgehoben zu sehen, aber sie liege sich durch die Erläuterung des Paragrapheu nicht von der ihr angeborenen Lebensweise nehmen. Daß eine starke Auswanderung in den Reichslanden bestche spreche nicht dagegen, sie sei in allen Grenzbezirken stärker als sonst im Lande. Die Auswanderer seien zu dem fast durchweg jungen Leute, die sich dem Militärdienst entziehen wollten. Er habe das Vertrauen, daß der Statthalter den Dictaturparagrapheu aus digner Ermäßigung aufheben werde, wenn er den Moment für gekommen erachte. Er würde sich dadurch den Dank der reichslandlichen Bevölkerung erwerben.

Abg. von Kardorff (Rd.) erklärt seine Freunde müßten sich von den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers im Princip für die Aufhebung des Dictaturparagrapheu aussprechen. Sie würden aber gegen die Anträge stimmen allerdings in der Hoffnung, daß der Moment für die Aufhebung bald kommen möge und der Paragrabh entbehrlich sei.

Abg. Dr. Barth (freis. Spg.) bittet um Annahme der Anträge, die nur dazu beitragen werde, das Gefühl der Gleichberechtigung und der Zugehörigkeit zum Deutschen Reich zu stärken.

Abg. Dr. von Marquardsen (natl.) erklärt, daß seine Partei, obgleich sie anerkenne, daß die Verhältnisse im Reichslande sich wesentlich gebessert hätten, doch nach den Ausführungen des Reichskanzlers gegen die Annahme stimmen werde.

Damit schließt die Discussion. Das Schlußwort erhält Abg. Bebel (Soz.). Das diesmalige Resultat der Verhandlungen sei ein ganz zufriedenstellendes. Mit Ausnahme des Prinzen Hohenlohe haben sich alle elsaß-lothringischen Abgeordneten für den Antrag erklärt und selbst Prinz Hohenlohe war in seinen Ausführungen sehr vorsichtig. Es giebt auch in ganz Elsaß-Lothringen nicht einen einzigen unabhängigen Mann, der sich für die Fortdauer des Dictaturparagrapheu aussprechen würde, wenn eine Befragung stattfände. Weiter ist das Centrum um dem Antrage beigetreten und sogar der Reichskanzler und der Staatssecretär, der frühere Staatssecretär Herr von Köller, haben alle übereinstimmend befunden, daß die Forderung und die Genugthuung der Bevölkerung eine solche sei, daß sie selbst im Ausnahmezustand nicht rechtfertige. Da einzelne allerdings die Frage was sind dann überhaupt die Gründe für die Aufrechterhaltung. Was die Herren vorgebracht haben, ist ja nur zu Gunsten der Aufhebung (sehr richtig links). Die französische Agitation wird nun nicht veränderbar können. Der Reichskanzler jagt selbst, etwas Feinliches liegt in der Dictatur. Ich glaube, kein anständiger Mensch kann sich wohl fühlen bei solcher Verantwortlichkeit in der Hand eines einzelnen Mannes. Man hat uns Ueberrassungen vorgekommen. Es ist das Gerücht und Anschuldigung, was dem einen harmlos und unbedeutend erscheint, heißt der andere bereits als sehr bedenklich an. Es kommt dabei viel auf die Stellung an. Und ich glaube Herrn Köhlermann, der Reichsdirector ist, daß ihm manches Harmlos erscheint, was bei dem Bedrückten nicht Harmlos ist.

Ich kenne die Verhältnisse nur aus Berichten, ich bin noch nicht oft im Reichslande gewesen. Die Polizei suchte mich nicht immer den Aufenthalt zu verleiden. In Straßburg konnte ich der polizeilichen Mächtigkeiten wegen kein Local bekommen, um meinen Wählern Bericht zu erstatten. Der Staatssecretär sagte: Sie können uns keinen Mißbrauch der Dictatur nachweisen. Mißbrauch der Dictatur ist eine contradictio in adjecto. Dictatur bedeutet absolute Willkür. Selbst das Gesetz ist keine Schutzwehr für die Staatsangehörigen. Der Herr Staatssecretär sprach von Krimstrafs, die Unterdrückung von 8, 9 Zeitungen, ist kein Krimstrafs ebenso nicht die Entziehung von Wirthshaus-concessionen, das Verbieten der Vereine und Versammlungen. Der Zustand hat eben das Fühlen und Denken dieser Herren schon corruptirt (sehr richtig, links). Nur daraus ist der Ton zu erklären, den sich der Staatssecretär mir gegenüber herausnahm. Wäre er gewohnt gewesen, zu einer wirklichen Volkstretung zu sprechen, dann hätte er sich diesen Ton und solche Klären nicht angewöhnt. Es war der Ton eines Schullehrers zu Schulknaben. Den Reichskanzler der Tyrannie im gemeinen Sinne des Wortes zu beschuldigen, ist mir in der That nicht eingefallen, aber daß seine Stellung die eines Tyrannen im alten classischen Sinne ist, darüber ist doch kein Zweifel möglich. Wenn er nicht tyrannisiert hat, so lag das eben an seinem guten Herzen. (Große Heiterkeit.) Der Abg. Prinz Hohenlohe hat dem Abg. Buch im Hinblick auf den Schlusspanus seiner Rede Mangel an Patriotismus vorgeworfen. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Familie Hohenlohe ihrer Genealogie nach eine sehr internationale ist und deshalb nicht den engen patriotischen Standpunkt hier vertreten sollte. Ein Hohenlohe ist römischer Cardinal, ein anderer höherer österreichischer Beamter, viel Besitz der Familie liegt in Rußland (sehr richtig, links). Herr von Köller suchte unsere Wählerfolge zu verkleinern, nun, ich hoffe das nächste Mal ohne Hilfe der Protestler in Straßburg gewählt zu werden. Auch Herr von Köller hat nicht den Schatten eines Grundes für die Aufrechterhaltung der Dictatur beigebracht. Daher schreie ich: Nieder mit der Dictatur! (Lebhafter Beifall links.)

Nach einem Schlußwort des Abg. v. Simons entscheidet sich das Haus, die 2. Lesung beider Anträge demnächst im Plenum vorzunehmen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr (Novelle zur Gewerbeordnung). Schluß 6 1/2 Uhr.

**Locales.**

Breslau, den 1. Februar 1895.

**Der Haushaltsetat der Stadt Breslau.**

Nach den bereits erfolgten Angaben weiß der Stadthaushalts-Stat für 1895/96 eine Ausgabe von 14,281,100 Mark auf und zwar 13,458,175 Mark ordentliche Ausgaben, 428,686 Mark einmalige Ausgaben und 394,239 Mark unvorhergesehene Ausgaben. Die Ausgabe insgesamt von 14,281,100 Mark steht eine Einnahme von 7,779,800 Mark gegenüber. Zur Deckung des sich ergebenden Steuerbedarfs von 6,501,300 Mark sollen vom 1. April cr. ab erhoben werden: a. 156 pSt. der staatlich veranlagten Gebäudesteuer mit 2,246,400 Mk., b. 155 pSt. der staatlich veranlagten Grundsteuer mit 10,920 Mk., 140 pSt. der staatlich veranlagten Gewerbesteuer mit 840,000 Mk. und 115 pSt. Zuschlag zur Stempelsteuereinnahme mit 3,404,000 Mark.

Dem Etat, welcher den Stadtvorordneten bereits in der gestrigen Sitzung vorlag, ist eine eingehende Begründung beigegeben, in welcher zunächst die Hauptursachen der eingetretenen Veränderungen in materielleu und formeller Beziehung hervorgehoben werden, um eine richtige Grundlage für die Vergleichung des neuen Etats mit dem laufenden zu gewinnen. Den hauptsächlichsten Einfluß auf die Verhältnisse des Stadthaushalts haben das Communalabgaben-Gesetz und das Gesetz, betreffend die Aufhebung direkter Staatssteuern. In Rücksicht auf die Verhältnisse erweist sich bei einem Vergleich des neuen Etats gegen den laufenden, daß die Gesamteinnahme des letzteren gegen den laufenden Etat eine Zunahme von 1,652,065 Mk. erfahren hat. Diese Einnahmevermehrung erklärt sich in Höhe von 641,000 Mark, durch die vermehrte Ertragskraft der verschiedenen neuen Einnahmequellen, die Betriebssteuer, die Geflügelsteuer, Umsatzsteuer vom Grundbesitz und die Canalgebühr, in Höhe von 75,700 Mark durch die Abziehung der Uberschüsse aus der Verwaltung des Sanitätswesens an die Verwaltung der Steuern u., in Höhe des Restes von ca. 335,000 Mark durch Steigerung der Einnahmen bei verschiedenen Specialverwaltungen. Bei einer Vergleichung der ordentlichen Ausgaben ergibt sich eine Steigerung derselben um 722,435 Mark. Die außerordentlichen Ausgaben sind gegen das laufende Staatjahr um 95,511 Mark gesunken. Zur Deckung unvorhergesehener Ausgaben bleibt die vorgezeichnete Summe von 394,239 Mark gegen die des laufenden Etats um 4146 Mark zurück.

Was die Social-Einnahme anlangt, so erfordert die Verwaltung der Haupt-Armenanstalten einen Mehraufwand von 165,200 Mk. (Gesamtaufwand 361,200 Mk.), welcher sich indessen in Höhe von 60,000 Mark durch den Betrag der Einnahme an Social-Einnahmen erklärt, da hier in Zukunft gemäß der neuen Social-Einnahmeverordnung beim Etat der Socialverwaltung keine Einnahme

wird. Die wirkliche Steigerung des Zuschusses betragt somit nur 45,200 Mark und ist in Höhe von 10,000 Mark durch eine Steigerung der Almosen und Kostgelder, in Höhe von 30,000 Mark durch die der Stadtgemeinde auf Grund des Gesetzes über die außerordentliche Armenthal vom 11. Juli 1891 erwachsenden Ausgaben, in Höhe von 5500 Mark durch das Wachsen der Ausgaben für Cur- und Arznei- u. Kosten bedingt.

Der um 43,200 Mark gestiegene Zuschuß bei der Verwaltung des Hospitals zu Allerheiligen (Gesamtaufschuß 211,420 Mark) erklärt sich in Höhe von 23,598 Mark durch die Uebernahme bisher im Beamten-Befoldungsetat verrechneten Gehälter auf diesen Etat, in Höhe von 17,000 Mark durch Mindereinnahme an Einholungsgebühren, Cur- und Verpflegungskosten.

Auch bei den Etats des Krankenhauses an der Göppertstraße und des Wenzel-Hauschen Krankenhauses erklärt sich die scheinbare Steigerung des städtischen Zuschusses im Wesentlichen durch die Uebernahme von bisher im Beamten-Befoldungsetat verrechneten Gehältern.

Der geringere Ueberschuß aus der Verwaltung des Kämmereiforsen — 25,820 Mark gegen 28,730 Mark im Vorjahre — wird durch Mindereinnahmen in Folge verringerten Holzpreises bedingt.

Bei der Verwaltung des Grundeigentums ist es wesentlich durch die Erzielung höherer Einnahmen aus den vermieteten Hausgrundstücken, sowie aus eingeräumten Nutzungsrechten gelungen, den Betrag des Ueberschusses, insgesamt 196,750 Mark, gegen das Vorjahr um 17,440 Mark, zu erhöhen.

Die Verwaltung der Lehrerbefoldungen weist eine Steigerung des Zuschusses um 90,145 Mk. auf. Es sind die Ausgaben für Befoldungen gestiegen um 84,813 Mark von rund 59,000 Mk. auf die Errichtung neuer Lehrerstellen, rund 20,000 Mk. auf wachsende Alterszulagen um 5400 Mk. auf Gehaltssteigerungen durch einige Uebertragungen in den Befoldungsgrundlagen entfallen. Die Ausgaben für Ruhegehälter, Unterstützungen u. haben sich um 16,134 Mk. vermehrt, worin die weitere Steigerung des Beitrages der Stadtgemeinde zu der auf Grund des Gesetzes vom 23. Juli 1893 errichteten Ruhegehaltskasse des Regierungsbezirks Breslau mit 4730 Mk. enthalten ist. Dieser Beitrag ist insgesamt durch den Etat für 1895/96 auf 87,400 Mk. veranschlagt. Den vermehrten Ausgaben an Lehrergehältern steht andererseits eine Vermehrung des Staatsbeitrages zur Befoldung der Volksschullehrer und Lehrerinnen um 10,750 Mk. gegenüber.

Die Ueberschüsse bei den Etats der höheren Schulen haben sich zum Theil wieder etwas gehoben, wenn sie auch bei dem Realgymnasium zum heiligen Geist und der katholischen Realschule in Folge dauernder Verringerung der Schülerzahl weiter nicht unbet. Mithin zurückgegangen sind. Auch die Etats der drei evangelischen Mädchen-Mittelschulen weisen eine, wenn auch unerhebliche Verringerung des Ueberschusses auf.

(Schluß in nächster Nummer.)

**Stadtvorordneten = Versammlung.**

Die Stadtväter hatten gestern einen schweren Tag von 4 1/2 Uhr bis 7 1/2 Uhr mußten sie ihrer stadtväterlichen Pflicht nachkommen und man muß sagen, daß sie wieder einmal viel und tüchtig darauf los geredet haben. Es waren allerdings auch sehr wichtige Vorlagen, mit denen sie sich herumzuplagen hatten. Vorlagen, welche die Stadtväter zum Theil schon oft in Harnisch brachten. So die Frage der Reform des höheren Schulwesens. Wir haben hierüber bereits mehrfach berichtet und können deshalb wohl heut von einer eingehenden Besprechung derselben absehen. Betrachtet man die Sache genau, so ist von einer eigentlichen Reform gar nicht die Rede und wie unser städtischen Behörden beschaffen sind, haben sie auch nicht die mindeste Lust, eine eigentliche Reform des höheren Schulwesens vorzunehmen. Selbst zu den Wenigen, zur Einführung einer Reformschule, das der höheren Schule mit allgemein gleichem, lateinlosem Unterbau und späteren Beginn der alten Sprachen haben sie sich nur mit schwerem Herzen entschlossen. Bezüglich der Vorschulen ist so ziemlich alles beim Alten geblieben. Die Vorlage betr. die Verleihung des Stimmrechts an die Stadtschulinspektoren, in Beziehung auf ihre Thätigkeit in den Sitzungen der Schuldeputation ist nach längerer Debatte in den ständigen Ausschuß vergraben worden. — Zum Schluß bot die Sitzung wieder eine sehr lebhafteste Debatte. Die Umsatzsteuer ist es, die Magistrat in der Stadtvorordneten-Versammlung so viel zu schaffen machte, nun aber wohl zugerichtet dem städtischen Steuerbouquet einverleibt werden kann. Doppelt Freude des Magistrats. Daß nicht nur, daß die Versammlung seinen Wünschen bezüglich der Erhebung einer Umsatzsteuer bei dem Wechsel vollkommene entsprach, sie beschloß auch noch ein neuer anstandslos angenommen wurde, ist bei unteren Stadtvätern als selbstverständlich voranzusehen. Sie die sich nicht entblödeten, in den Finanzplan die Schlußsteuer auch fernertun ohne Bedenken anzunehmen, haben am ihren Anshn vollständig zu machen, natürlich auch die Geflügelsteuer dem Magistrat präsentirt. Glücklicher Magistrat, der solch' ein Stadtvorordneten-olymp be-ist!



[Zur Errichtung eines Hallenschwimmbades in Breslau] Aus den Bedingungen für die Preisausschreibung, betreffend den Wettbewerb zur Erlangung von Bauplänen für das auf der Zwingerstraße hieselbst zu errichtende Hallenschwimmbad entnehmen wir (nach der „Bresl. Ztg.“) noch folgendes: Der Bauplatz von 18 ar Ausdehnung hat an der Zwingerstraße eine Frontlänge von 30,30 m, an der Kleinen Brodengasse von 13,50 m. An Räumen werden u. a. verlangt:

1. Eine Schwimmhalle, deren Wasserfläche mindestens 200 qm Ausdehnung bei langgestreckter Form hat. Die Auskleidezellen, etwa 80 an der Zahl, sollen zwischen einem äußeren und einem inneren Gange in zwei Geschossen über einander angelegt und mit einer inneren Treppe verbunden werden. Daneben oder darüber sind Auskleideplätze für Massen anzuordnen. An Nebenräumen sind hervorzuheben: Zwei Reinigungs- bzw. Brauseräume, ferner Räume für Wärter, Wäsche, Aborte.

2. Unabhängig von der Schwimmhalle: eine Wannen-Bade-Anstalt, enthaltend etwa 16 Zellen für Männer und 16 für Frauen, je zur Hälfte als Bäder 1. Klasse und Bäder 2. Klasse ausgebildet.

3. Ein römisch-irrisches Bad und ein Dampfbad, welche enthalten müssen: Einen Warmwasser- und einen Heißwasser-Strahl, beide zusammen etwa 30 qm groß, einen Dampfraum etwa 30 qm groß, Massenzellen zusammen etwa 20 qm groß, einen Kühlraum mit Vollbad und Brausen etwa 40 qm groß, einen Raum zum Abtrocknen etwa 10 qm groß, einen behaglichen Raum für mindestens 20 Ruhebetten; außerdem die unentbehrlichen Nebenräume wie Wartezimmer, Wäschegefäße etc.; ferner Friseurzimmer, Erfrischungsräume, Wohnung des Dekomomen, Waschanstalt, Kesselhaus etc.

Für die Ausgestaltung der Räume gelten folgende Gesichtspunkte: Das Gebäude soll in erster Linie ein Nützlichkeitsbau sein und demgemäß in allen Punkten Einfachheit und Zweckmäßigkeit zeigen. Insbesondere sind Stuck und in Bezug bezogene Gesimse im Äußeren wie im Inneren zu vermeiden. Die Anwendung von Haustein darf nur ausnahmsweise an wenigen Punkten erfolgen. Die der Bitterung oder der Beschädigung ausgesetzten Architekturtheile der Straßen, der Höfe und der Innenräume sind in der Hauptsache in Ziegeln herzustellen. — Als Bausumme, welche nicht überschritten werden darf, ist der Betrag von 240,000 Mark festgesetzt. Nach der Preis-Vertheilung findet 14 Tage lang eine Ausstellung der Wettbewerbsarbeiten im hiesigen Provinzial-Museum statt.

[Die „Goldbelle“ und das Eppmann'sche Panoptikum.] Der Wunsch aller hiesigen Tugendheldinnen und Helden, die „Goldbelle“ hinauszudrängen aus dem Panoptikum, ist nun endlich in Erfüllung gegangen und die „Ordnung“ ist wieder hergestellt, die „Sittlichkeit“ gerettet. Herrn Eppmann, der seine Wachfiguren seit Monaten hier auf der Ohlauerstraße ausgestellt und den sonstigen Sehenswürdigkeiten seiner Sammlung als besonderes Zugstück für Breslau eine Nachbildung der auf der Käseohle ermordeten Elise Groß zugefügt hat, ist vom hiesigen Polizeipräsidium ein Strafmandat von dreißig Mark wegen „Verübung groben Unfuges“ zugestellt worden. Der grobe Unfug wird gefunden in der Ausfällung der Nachbildung der Ermordeten „in Balltracht“ und dem Hervorheben dieser „Original-Balltracht“ in den Annoncen und Placaten. Doch nicht genug mit der Ahndung dieses „groben Unfugs“. Die im Panoptikum in Wachs ausgestellte „Goldbelle“, der Kerger einer gewissen Sorte von Tugendhelden, muß fort aus dem Panoptikum. Herr Eppmann wurde aufgefordert, die Figur der Elise Groß aus dem Panoptikum überhaupt zu entfernen. Wegen Aufhebung dieser Forderung hat sich der Betroffene an den Regierungspräsidenten gewendet, während er hinsichtlich des Strafmandats durch Rechtsanwältin Schreiber Widerspruch vor dem hiesigen Amtsgericht erhoben hat, dessen Forum demnach also darüber zu befinden haben wird, ob die Nebenumstände dieser Ausfällung die Bezeichnung als grober Unfug rechtfertigen. — Was der Kampf für Religion, Ordnung und Sitte doch für schöne Blüten zeitigt.

[Brand der Trainkaserne.] Gestern Abend, kurz nach 9 Uhr drangen durch das Dach der Trainkaserne im Bürgerwerde dicke Feuergerarben und in wenigen Augenblicken stand ein Theil von etwa 20 Meter Länge des Dachgefüges in Brand. In Munitionsküchen, Decken, Sätteln und dergl. fand das Feuer seine Nahrung. Die sofort in Kenntniß gesetzte

Feuerwehr traf in kürzester Zeit mit beiden Dampfspritzen und mit sämtlichen Wachen an der Brandstelle ein. Die Dampfspritzen nahmen auf der Werberstraße Aufstellung und sandten von zwei Seiten her gewaltige Wassermengen in die Gluthen. Vom Dach sowohl als auch von der Berliner Seite aus wurden Schlauchgänge gegen das Feuer gerichtet. Wenn auch nicht verhindert werden konnte, daß der Dachstuhl vollständig verzehrt wurde, so ist es doch gelungen, das Feuer auf seinen ursprünglichen Herd zu beschränken und die umliegenden Gebäude zu schützen.

[Stadt-Theater.] Heute, Freitag, gelangt Schillers „Maria Stuart“ zur Aufführung. — Sonnabend findet eine Wiederholung der Oper „Mignon“ statt.

[Lobe-Theater.] Heute, Freitag, wird Ludwig Juldas vieractiges Lustspiel „Die wilde Jagd“ zum ersten Male wiederholt. — Sonntag geht als Nachmittags-Vorstellung bei ermäßigten Preisen zum letzten Male das mit großem Beifall aufgenommene Lustspiel „Wie die Alten jungen“ in Scene.

[Thalia-Theater.] Sonntag gelangt Georges Ohnes Schauspiel „Der Hüttenbesitzer“ zur Aufführung. Die Claire spielt Fräulein Hanny Wagner vom Stadt-Theater in Halle a. Saale, die Athenais Fräulein Dalgow vom königl. Theater in Wiesbaden als Gast. Der Billeterverkauf für diese Vorstellung findet morgen, Sonnabend, von 10 bis 3 Uhr bei L. V. Schlesinger, Ring Nr. 10, 11, statt.

[Concordia-Theater.] Heute, Freitag, geht, wie bereits mitgetheilt, das Volksstück „Die Elise vom Erlenhof“ zum ersten Male in Scene. — Sonnabend fällt die Vorstellung aus. — Sonntag wird „Der Tanzteufel“ wiederholt.

[Explosion einer kleinen Dampfmaschine.] Eine an den Kasernen wohnender Klempnermeister wollte am 27. Januar eine kleine Dampfmaschine, deren Dampfkessel aus Zinkblech hergestellt war, auf ihre Kraft probiren, als plötzlich der Kessel explodirte und das heiße Wasser und Theile der Maschine in der Stube umherflogen. Hierbei erlitt der Klempnermeister sowie ein Fischer, welcher dem Experiment hatte zusehen wollen, Verletzungen an Brust und Armen. Auch wurden Tische, Bilder, ein Regulator u. s. w. beschädigt, während auch einige Fensterscheiben bei der Explosion zersprangen. Die beiden Verunglückten mußten im Allerheiligen-Hospital ärztliche Hilfe nachsuchen.

[Polizeiliche Nachrichten.] Verhaftet am 30. d. Mts. 53 Personen. — Abhanden gekommen: ein Brillantring im Werthe von 800 Mk., ein kleinerer Brillantring gez. „S. B. 12. 7. 91“, ein Federfächer und ein Kinderpelztragen. — Gefunden: ein Operragel von Eisenbein, ein Kinderschlitzen und vier Taschentücher.

**Frauen-Versammlung.** Am Mittwoch, den 30. Januar, Abends 8 Uhr, fand im großen Saale des „Deutschen Kronprinzen“ auf der Kurzgasse eine sehr zahlreich besuchte Frauenversammlung statt. Auch Männer waren dazu eingeladen. In derselben sprach die Genossin Frau Thier aus Belken in längerer Rede über das Thema: „Die proletarische Bewegung in politischer und gewerkschaftlicher Beziehung“. In das Bureau wurden die Genossinnen Frau Kaiser, Frau Mai und Fräulein Junggebauer gewählt. Die Referentin, deren Ausführungen die Versammlung mit großer Aufmerksamkeit folgte, schilderte in sehr verständlicher Weise das traurige Loos der Arbeiterinnen, wobei sie sich auf die Berichte der Fabrikinspectoren bezog. Sie zeigte, wie der Arbeitsdienst der Frau auf das niedrigste Niveau heruntergedrückt sei, wodurch auch, da die Unternehmer in ihrer Eucht, die Arbeitskraft so billig wie möglich zu bekommen, und daß alle lieber Frauen als Männer annehmen, der Verdienst der letzteren auch immer geringer wird und viele Arbeiter brotlos würden. Aber auch die Kinder, ja schon im zartesten Alter, würden zur Arbeit herangezogen. Die Herren Arbeitsgeber, die so viele Kinder beschäftigen, hätten, da man ihnen auf die Finger gesehen, in ihrer Erfindungskraft ein recht schönes Mittel gefunden, das Arbeiterschutzgesetz zu umgehen; diese hätten einfach ihre großen Textilwarenfabriken in den Städten Leipzig, Berlin etc. aufgelöst und solche mit Hilfe des Frauenvereins auf dem platten Lande errichtet, woselbst sie nachgewiesenermaßen 300 schulpflichtige Kinder beschäftigen.

Sei das nicht ein entsetzlicher Zustand!? Würden die Mütter dieser Kinder nur einigermaßen aufgeklärt sein, dann müßten sie doch wissen, welche schreckliche Noththeile für die Kinder daraus entstehen. Ihr ganzes Leben hind sie ruiniert! (Bewegung unter den Frauen.) Die Breslauer Arbeitsverhältnisse der Frauen wären auch die denkbar schlechtesten. Niedrige Löhne, lange Arbeitszeit und — keine Sonntagsruhe. Die Frauenvereine riefen Vereine zur Sittlichkeit ins Leben, müßten sie doch lieber ihr Augenmerk auf die Zustände in den Fabriken werfen, da hätten sie Stoff genug, sie brauchten nicht ins Colonialgebiet in Afrika ihre Blicke zu richten, hier, bei uns, bei den weißen Sklaven, da gäbe es genug zu reformiren. (Lebhafter Beifall.) Biel zu wenig Fabrik-Inspectoren gäbe es, die vorhandenen wären gar nicht in der Lage, alle die die vielen und großen Mißstände zu entdecken und ihre Beseitigung zu erwirken. Wie sähe es auch mit der Behandlung der Frauen aus? Die Gewerbeordnung weise wohl einen Paragraphen auf, nach welchem die Arbeiterinnen vor Handlungen, die gegen die guten Sitten laufen, geschützt sein sollen, wer aber kehrt sich daran? (Bravo.) Die Rednerin berührte des Weiteren die Befindensordnung, die sie einer scharfen Kritik unterzog und ging alsdann zu der Rechtslosigkeitsfrage der deutschen Frauen über. Hier erwähnte sie unter dem Beifall aller Anwesenden, wie die deutsche Frau aller politischen Rechte beraubt sei; man lasse sie zu nichts zu, und doch habe die Frau ein wohl begründetes Recht an allen öffentlichen und politischen Dingen Theil zu nehmen und mitzurathen. Von der heutigen Gesellschaft hätten die Frauen nichts zu erwarten, sie müßten

sich daher, ebenso wie die Männer zusammenschließen und in die Partei eintreten, die allein im Stande sei, sie aus ihrem Jammerthal zu erlösen — die socialdemokratische — die Genossen erhalte sie, sich um die Genossinnen mehr zu kümmern als bisher. Die Rednerin erntete für ihren in stehender Rede ausgebotenen Vortrag den wohlverdienten Beifall. Eine Discussion fand nicht statt. Bei der Wahl einer weiblichen Vertrauensperson, die mit auf der Tagesordnung stand, wurden von einigen Genossen Bedenken gegen die Wahl einer solchen kundgegeben, in geschickter Weise wurden sie aber von der Genossin Thier und dem Gen. Geiser gestreut, worauf folgende Resolution fast einstimmig angenommen wurde:

„Die Versammlung erklärt sich mit Begeisterung mit den Ausführungen der Frau Thier einverstanden und ist mit Freunden bereit, durch die Wahl einer weiblichen Vertrauensperson zu beweisen, daß sie die hohe Bedeutung der proletarischen Frauenbewegung erkannt hat und für dieselbe überall Theilnehmerinnen zu werden gedenkt.“ Da die Frage angeregt wurde, ob nicht mehr Vertrauenspersonen gewählt werden könnten, erweiterte eine Genossin den Antrag dahin, eine dreigliedrige Agitations-Commission zu wählen, welcher Antrag angenommen wurde. Aus der Wahl gingen die Genossinnen Frau Kaiser, Frau Geiser und Frau Kopperts hervor. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Socialdemokratie schloß darauf die Vorsitzende Frau Kaiser gegen 11½ Uhr die Versammlung.

## Schlesien.

**M. Landesbut.** Zu was in der Noth ein armer Mensch greift, beweist folgender Fall: Ein Barbier, mit einer Menge Kinder gesegnet, sah ein todes Schwein im Wasser liegen, zog es heraus, schlachtete dasselbe kunstgerecht und legte es zum Gebrauch für's Haus in den Pökel. **Robbe,** 31. Januar. Flächtig geworden ist nach dem „Ratiborer Anzeiger“, der aus der obereschlesischen Bergarbeiterbewegung bekannt gewordene Bergmann Rudolf Brukop. Nachdem er wegen seiner Theilnahme an den Antonienhütter Vorgängen seine zweimonatliche Gefängnisstrafe verbüßt und am 8. Januar entlassen, fünf Tage vorher aber zu weiteren fünf Monaten Gefängniß verurtheilt war, gegen die er Revision beim Reichsgericht eingelegt hatte, sollte er sich am vorigen Sonnabend wegen Verleumdung vor dem hiesigen Schöffengericht verantworten. Er erschien indeß zu dieser Verhandlung nicht und ist auch nirgends im Industriebezirk aufzufinden. Man nimmt auf Grund bestimmter Anzeichen an, daß er nach Java oder Sumatra gegangen, um in den dortigen Bergwerken Arbeit zu finden. Die holländische Regierung nimmt Oberschlesien für die dortigen Werke gern an. — Ob sich diese Nachrichten bestätigen bleibt abzuwarten.

## Gerichtliches.

**Das Dreiklassenwahlrecht vor Gericht.** Am Mittwoch, den 30. Januar wurde vor der Strafkammer in Liegnitz gegen 4 Steinmehlen aus dem Kreise Bunzlau wegen Vergehens gegen § 131 des Strafgesetzbuches verhandelt. Die Angeklagten sollen durch Verbreitung des bekannten Flugblattes: „An die arbeitende Bevölkerung in Stadt und Land“, welches mit dem Satz schließt: „Nieder das eienbeste aller Wahlsysteme!“ das Dreiklassenwahlrecht verächtlich gemacht haben. In der Sache hat bereits ein Termin stattgefunden; sie ist seiner Zeit verurteilt worden, weil der Staatsanwalt den Beweis für die Unwahrheit der im Flugblatt behaupteten Thatsache erbringen wollte. Die Angeklagten wurden jedoch freigesprochen. Ausführlicher Bericht in nächster Nummer.

## Neueste Nachrichten.

— **Paris,** 31. Januar. Deputirtenkammer. Die Kammer verhandelte heut über den beantragten Credit von 20 000 Francs für das Leichenbegängniß des Marfchalls Canrobert. Hubbard bekämpfte den Credit. Der Ministerpräsident Ribot stellte die Vertrauensfrage. (Anhaltender Beifall.) Die Kammer genehmigt darauf mit 304 gegen 160 Stimmen die Dringlichkeit für die Vorlage und trat in die sofortige Verathung ein. Unter großem Lärm wurde alsdann die Debatte über das Verhalten Canroberts bei dem Staatsreich fortgesetzt, wobei auf Le Ferrifles Bemerkung, Canrobert habe nur die Befehle seines Vorgesetzten ausgeführt, Ribot bemerkte, der Soldat dürfe der Verfassung widersprechende Befehle nicht ausführen. — Der Socialist Grouffet beantragte, Baudin ein Denkmal zu setzen. Der Ministerpräsident Ribot erwiderte hierauf, Grouffet habe selbst die Landesgesetze verletz, er sei also nicht berechtigt für Baudin zu sprechen. Canrobert möge der jungen Armee als Vorbild dienen. Der Antrag Grouffet wurde darauf mit 296 gegen 150 Stimmen verworfen, und der beantragte Credit mit 288 gegen 152 Stimmen bei 150 Stimmenthaltungen genehmigt. Da stand das neue Cabinet also schon wieder dicht vor seinem Sturz.

— **Paris,** 31. Januar. Senat. Der Justizminister Trarieux brachte heute die Amnestievorlage ein. Die Dringlichkeit für die Verathung der Vorlage wurde beschlossen und sofort eine Commission gewählt, deren Mitglieder alle für die Vorlage sind. — Nachdem die Commission nach kurzer Sitzung Bericht erstattet hatte, wurde die Amnestievorlage mit 216 gegen 7 Stimmen angenommen.

— **Christians,** 31. Januar. Am Schlusse der heutigen Ministerraths-Sitzung reichte das Ministerium seine Entlassung ein. Der König entschied, die Demission solle verfassungsmäßig behandelt werden.

— **Shanghai,** 31. Januar. Eine Depesche aus Wei-Hai-Wei meldet: Die Japaner eroberten das östliche Fort; ein auf der entgegengesetzten Hafenseite liegendes Fort beschieß das eingenommene Fort so wirksam, daß die Chinesen hoffen, Wei-Hai-Wei halten zu können.

**M. Landesbut.** Wir können uns auf diese rein persönlichen Sachen nicht einlassen; das Beste ist doch wohl, wenn die Angelegenheit von den dortigen Genossen erledigt wird. Dank und Gruß.



### Stadt-Theater.

Freitag:  
"Maria Stuart."  
Sonnabend:  
"Rigodon."

### Lobe-Theater.

Freitag:  
"Die wilde Jagd."  
Sonntag Nachmittags:  
"Wie die Alten sungen."

### Victoria-Theater

(Gimnasia-Garten.)

Täglich:  
Specialitäten - Vorstellung.  
Anfang 8 Uhr.

### Eppmann's Weltberühmtes Panoptikum

Ohlanerstraße 64.  
Kaiser- und Fürsten-Galerie, Gallerie  
berühmter Gelehrten, Dichter u. s. w.,  
Scherenschnitt-Galerie.

Neu angekommen!  
Sensationell! Sensationell!  
Lebend zu sehen!

### Dobos János

der Miniaturmensch aus Ungarn,  
14 Jahre alt, 10 Kilo schwer, der Kopf  
nicht größer wie der eines neugeborenen  
Kindes.

Eintritt 50 Pf.  
Serenabiletts gültig. 3492  
Beste Aufstellung im Panorama.



Empfehle meine angenehmen  
Rekonnations-Localitäten  
einer geneigten Beachtung.

**W. Menzel** verm. Calle,  
4. Anderssohnstraße 4.



**Damen-Gamaschen**,  
fest und wasserdicht  
4,50 Mk.,  
Damen-Gamaschen,  
Doppelsohle mit Kappe  
5,50 Mk.,  
Damen-Fußstiefeln  
zum Schnüren und  
mit Gummizug,  
hochlig 6,50 Mk.



**Herren-Gamaschen**  
mit Doppelsohle 7 Mk.,  
Herren-Gamaschen  
auf Knöchel  
leicht und  
haltbar  
7,50 Mk.

**Herren-Gamaschen**, elegant mit Besatz,  
Knäpfe 8,00 Mk.,  
Gute Gummier-Fußstiefeln für Herren,  
Damen u. Kinder. Knäpfeleisen, Schnür-  
- und Schafstiefeln, in Leder, Stroh,  
- und Leinwand für Kinder in jedem Alter, in  
großer Auswahl.

Gummistiefeln für Herren 4,50 Mk.,  
Gummistiefeln für Damen 2,50 Mk.,  
Gummistiefeln für Kinder in jeder  
Größe 2,00 Mk.

**Ludwig Herz**,  
Breslau, Blücherplatz 4,  
(neben der Kaiser-Opernstraße).

**F. Weich**,  
Friedrich-Wilhelmstr. 5.  
Reelle Bezugsquelle  
für 2716  
**Herren- u. Knaben-  
Garderobe.**  
Sorgfältigste Ausführung.  
**F. Weich**,  
Friedrich-Wilhelmstr. 5.  
Lieferung u. Nachb. eleg. u. billig.

## Socialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend.

### Die ordentliche General-Versammlung

findet **Sonntag, den 3. Februar 1895, Nachmittags 4 Uhr**  
im kleinen Saale zum „**deutschen Kronprinzen**“, Kurze, 50,52 statt.  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Jahn** über: „Das  
kommunistische Manifest“. 2. Discussion. 3. Quartalsabrechnung für  
das 4. Quartal 1894. 4. Ersatzwahl des 1. Vorsitzenden, sowie Neuwahl  
von 3 Revisoren. 5. Interpellation und Fragekasten.  
Zum Eintritt legitimirt das Mitgliedsbuch, was man gefälligst  
beachten wolle.  
NB. Nach Schluß der Versammlung geselliges Beisammensein,  
verbunden mit **Tanz-Abend**.  
Der Vorstand.

## Achtung! Metallarbeiter!

**Sonntag, den 3. Februar, Vormittags 11-2 Uhr:**  
**Große öffentliche Versammlung**  
aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter (Schlosser,  
Klempner, Schmiede, Zeugschmiede, Dreher, Metallgießer, Former,  
Särter etc.) im kleinen Saale des Establishments „**deutscher Kronprinz**“, Kurze.  
Tagesordnung: 1. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit. Referent:  
Genosse **Karl Tige**. 2. Verschiedenes. **Eintritt 10 Pf.**  
Die Arbeitslosen sind hiernit besonders eingeladen und vom  
Eintritt befreit. 3492

## Socialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend.

In nachstehend verzeichneten Lokalen werden regelmäßig jeden  
**Sonnabend Abend von 8 1/2 Uhr** ab Vereinsbeiträge erhoben:  
**Käser**, Lehndamm,  
**Elsner**, Kleine Scheinigerstraße 57, Ecke Hirschstraße,  
**Edlich**, Neumarkt 8 (3 Tauben). **Jansch**, Brauerei, Heinrichstraße.  
Die am Montag im Vereinslokale stattfindenden Kassenabende bleiben  
ebenfalls bestehen. **Der Vorstand.** 3452

## Electrische Straßenbahn Breslau.

Betriebseinnahmen im Monat Januar 1895. **Mk. 49724,40.**

## C. Schlawe,

Breslau, Reuschestr. 24  
**Eisen-, Kurzwaren-, Werkzeug-,  
Maschinen- und Metall-Handlung**  
empfehle **Werkzeuge** unter Garantie für Tischler, Drechsler, Börsler,  
Schlosser, Schmiede und sämtliche Metallarbeiter, **Zeugnisse Tisch-**  
**messer und Säbels, Taschenmesser, Fein-, Kaffeemühlen,  
Berliner Glasplättchen und sämtliche Eisen-Kurzwaren**  
zu billigsten Preisen. 3452

## Georg Dienstfertig

**Schnittwaaren- u. Wäsche-Geschäft**  
Friedrich-Wilhelmstr. 77, 2. Laden vom Königsplatz links  
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in  
**Kleiderstoffen, Leinen, Cattune, Züchen, Jaletts,  
Herren- und Damen-Wäsche**  
fertige Confection  
zu fabrikpreis billigen oder freyem festen Preis.  
Größt: Nachwahl in Arbeiter-Posen, Hemden und Kleider.  
Jeder Käufer erhält eine Gratis-Zugabe. 2745

## Fabrik von Arbeiter-sachen

**Spezialität: Arbeitshosen.**  
**E. Liedecke**, Stadgasse Nr. 30.  
K. grat. 2476 K. detail.

## Herren- u. Knaben-Garderobe aller Art

mit reichhaltiger  
Central-Kasse. Für  
Gesamtheit des bei Käufer  
nur reich gearbeitete Waare  
und der Arbeiter einen  
ausgezeichneten Lohn er-  
schaffen. Schöne, solide, haltbare  
Sachen zu billigsten Preisen.  
**Herren- u. Knaben-Garderobe**  
Sorgfältigste Ausführung.  
**F. Weich**,  
Friedrich-Wilhelmstr. 5.  
Lieferung u. Nachb. eleg. u. billig.

## V. Liepelt,

Confections-Haus „Solidarität“,  
Nr. 63a, Nicolai-Str. Nr. 63a,  
Ecke Neue Welt-Gasse.  
Bestellungen und Kauf werden in kurzer Zeit gut und halber ausgeführt.  
Seit der Arbeitslosigkeit ist es, dieses bei hiesigen Umständen zu be-  
rücksichtigen und gegenwärtigen Umständen zu überlegen. Arbeiter, Genossen,  
es gilt für uns das vernünftige oder Spätere die doppelte Aus-  
beutung zu bekämpfen!  
Die Central-Commission der deutschen Schneider u. Schneiderinnen.  
Ein Verein.

## Bunzlau.

Mittwoch, den 6. Februar, Abends 8 Uhr  
**Mitgliederversammlung**  
des Wahlvereins **Bunzlau-Lüb** in den „drei Kronen“.  
Tagesordnung: 1. Einziehung der monatlichen Beiträge und Auf-  
nahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag des Gen. Kurz über die Religion  
und ihre Bedeutung. 3. Verschiedenes.  
Ferner von Dienstag, den 5. Februar an beginnen wieder die  
Gesangsstunden der Gesangsabteilung des Wahlvereins in den „drei  
Kronen“. — Es ist Pflicht sämtlicher Mitglieder, zu erscheinen.

## Cigarren-Fabrik E. Kirschner

BRESLAU, Friedrich-Wilhelm-Str. 11. 3198

## Neu!

Für nur **Mk. 6** — (Fabrik-  
preis) jede eine brillante,  
extra solid gebaute **Concert-**  
**Jug-Harmonika** mit 10  
Tönen, 2 Registerzügen, 2 Doppel-  
klappen, vollständig ff. Nickelbeschlag  
und Zuhalter, ff. Ausstattung, starke,  
breite, unzerbrechliche, patent. Ton-  
zungen, schöne, volle, doppelschöne  
Orgelmusik, groß und weit ausziehbare  
dreifache Doppelbalg, jede Falte  
ist mit Stahlstücken versehen, wo-  
durch Beschädigungen unmöglich. Wirk-  
lich großes, aus bestem Material ge-  
arbeitetes **Pracht-Instrument** (keine  
jedenfalls Export- oder Marktwaare).  
Jeder Käufer erhält auch eine neue  
practische Schule zum Selbsterlernen  
umsonst, wonach gleich die schönsten  
Lieder, Tänze, Märsche, Choräle etc.  
gespielt werden können. Umtausch  
gestattet. Garantieschein wird beige-  
fügt. 3441

**O. C. F. Miether,**  
Ganzes Germania u. Maschinen-Fabrik  
in Hannover B., Semmerstr. 5.  
NB. Allen werthen Bestellern gebe  
noch ein kleines Musikinstrument  
umsonst, nur damit sie sich von der  
Güte und Preiswürdigkeit meiner  
Fabrikate überzeugen sollen. D. D.

## !! Cigarren !!

vorzüglich und billig empfiehlt  
**Oskar Betz**  
2. Adalbertstraße 2. 3102

## Vereins-Kalender.

Breslau.  
Verband der Lederarbeiter  
Deutschlands. Alle 14 Tage  
Sonnabend, Abends 8 Uhr: Mit-  
gliederversammlung in Schmidt's  
Restaurant, Grenzhausegasse 4.  
Central-Kranken- und Sterbe-  
Casse der Böttcher. Sonnabend  
den 2. Februar: Kassenabend in  
Kantsch' Brauerei, Heinrichstraße 5  
Sonnabend, den 2. Februar:  
Deutscher Metallarbeiter-  
Verband (Klempner). Jeden zweiten  
Sonnabend im Monat, Abends von 8  
bis 10 Uhr: Mitglieder-Ver-  
sammlung. Entgegennahme der Bei-  
träge, Ausgabe des Verbandsorgans,  
sowie Umtausch der Bibliotheksbücher  
im Casenlocal, verbunden mit Ar-  
beitsnachweis bei Zabel, Kl. Großen-  
gasse 15. — Aufnahme neuer Mit-  
glieder. — Die Central-Herberge be-  
findet sich in Edlich's Brauerei  
zu den drei Tauben, Neumarkt 8.  
Metallarbeiter-Verband (Zah-  
stelle Breslau [Schlosser]). Abends  
8 Uhr: Kassenabend, Ausgabe des  
Verbandsorgans, Umtausch der  
Bibliotheksbücher u. Aufnahme neuer  
Mitglieder im Locale „zu den drei  
Tauben“, Neumarkt 8.  
Central-Kranken- und  
Sterbekasse der Tischler  
und anderer gewerblicher  
Arbeiter (Hamburg). Abends  
8 Uhr: Kassenabend und Auf-  
nahme neuer Mitglieder in Heider's  
Brauerei, Herrenstraße 19 (Ecke  
Engelsburg).  
Verein zur Regelung der ge-  
werblichen Interessen der  
Töpfer und Berufsgenossen  
Breslaus. Kassenabend. Vereins-  
versammlungen jeden Sonnabend vor  
dem 15. jeden Monats bei Martin  
Kl. Großenengasse 11.  
Deutscher Holzarbeiter-  
Verband (Zahlstelle Breslau).  
Verein u. Kassenabend  
in Jansch's Brauerei, Heinrichstr. 5.  
Allgemeine Kranken- und  
Sterbe-Kasse der deutschen  
Drechsler u. der verwandten  
Berufsgenossen (E. S. 86,  
Hamburg). Abends von 8-10 Uhr:  
Kassenabend in Leopold's  
Restaurant Hummerstr. 32.  
Verband deutscher Gold-  
und Silberarbeiter und ver-  
wandter Berufsgenossen.  
(Zahlstelle Breslau). — Abends  
8 Uhr: Vereins- und Kassen-  
abend in Kisters' Local, Lehndamm  
28. — Aufnahme neuer Mit-  
glieder.  
Verein deutscher Schuh-  
macher (Zahlstelle Nr. II). Abends  
8 Uhr in Berg's Restaurant,  
Bismarckstr. 32.  
Allgem. Kranken- und Sterbe-  
Kasse der Metallarbeiter  
(E. S. 29). Abends von 8-10 Uhr  
und jeden Sonntag nach dem 15.  
jeden Monats vor — 2 Uhr Kassen-  
tag im „goldnen Hest“, Neusch-  
trage 65. — Aufnahme neuer Mit-  
glieder.  
Bereinigter Gutmacher. Abds.  
von 8-10 Uhr: Kassenabend im  
„rothen Löwen“.

## Farin

bestes, Pfd. 20-22 Pf.  
Kaffee, Carlsbader Mischung, unüber-  
kesselt, von großartigem Geschm.,  
Pfd. 1,60 Mk. 3434  
andere Sorten, von 1,20-1,80 Mk.  
Feinstes Backobst, Pfd. 20 Pf.  
Gros. neue in d. Pflanz. Pfd. 20 Pf.  
Böhmen u. Erbsen, gut u. sch. Pfd. 10 Pf.  
Erbsen, geschält, und Hirse, Pfd. 2 Pf.  
Gruppen, per Pfd. von 10 Pf. an  
Wiener Grieß, Pfd. 14 Pf.  
Pa. weißer Plamenmehl, Pfd. 18 Pf.  
Zahnelmargarine, feinste, Pfd. 70 Pf.  
Speisejett, Pfd. 58 Pf.  
Eingelegte Schnittbohnen, und  
getrocknete Gemüse billig.  
E. Adamy, Matthiasstr. 99,  
Salzstraße 1.

## Musik-Instrumente.

Alle Blas-, Streich- u. Schlag-Instru-  
mente, Spieluhren zum Drehen u. selbst-  
spielend, Musik-Automaten fertigt  
E. Cohn, Kupferjahniedstr. 17.

## Kaffee! Kaffee!

Es frisch gebr., das Pfd. 140-160 Pf.  
Besteide-Kaffee, das Pfd. 12 Pf.  
Beste weißer Farin, das Pfd. 21 Pf.  
Bestes Schweinefett, das Pfd. 55 Pf.  
Bestes Syrup, das Pfd. 15 Pf.  
Beste Dominik's Kern-Seele, d. Pfd. 20 Pf.  
ff. Jamaica-Rum, a Liter 100 Pf.  
Bestes Pflanzenöl, d. Pfd. 11 Pf.  
Bestes Petroleum, a Liter 15 Pf.  
**Otto Ogrowsky jr.,**  
4/5 Große Großenengasse 4/5.

## Neu und getragen

**Kleidungsstücke,**  
Herren-Jacken und Jacketts für's  
Königliche empfiehlt 3180  
**Oscar Barneck,** Kleider-  
Handlung  
49 Friedrich-Wilhelmstraße 49.

## Cigarren u. Cigaretten

feine sämtliche  
**Schreibmaterialien**  
empfiehlt 3173  
**E. Simon,**  
Friedrich-Wilhelmstr. 49